

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Kontokonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Felix Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 10
Fernsprecher S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostgesetzliche
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgeschickt

Die Blutige Internationale

F. K. Zum fünfzehnten Male kehrt der Beginn des größten Unheils der europäischen Menschheit wieder. Die Tage des Kriegsausbruchs sind dem tief in die Seele eingegraben, der sie fühlend und leidend miterlebte. Was man oft und oft erörtert hätte, aber immer für einen höllischen Spud, für eine glatte Unmöglichkeit zu halten geneigt gewesen war, war wie über Nacht herzerstarrende Tatsache geworden. Eine Kriegserklärung folgte der andern. Die Arbeiter wurden aus der Fabrik, die Bayern vom Flug, die Angestellten aus dem Büro in die Kasernen geholt, in Uniformen gesteckt und mit Werdwerkzeugen versehen. So ausgerüstet wurden sie ins Feld getrieben, um dort mit Gott für König und Vaterland recht viele Menschen, die ihnen nie etwas zu Leide getan hatten, abzuschlachten. Das sei unbedingt notwendig, gab die eine Regierung vor — um die nationale Ehre zu wahren, während die andere Regierung ihrem Volke weismachte, der Massenmord sei unerlässlich — um die Zivilisation zu retten. Einen triftigen Grund für das unsägliche Verbrechen hat weder damals noch später eine der beteiligten Regierungen zu geben vermocht.

Um den entsetzten und völlig niedergeschlagenen Menschen die nötige Kriegseinstimmung beizubringen, wurde von jeder Regierung die Jugendmaschine unter Soldatengewalt. Sie fabrizierte schamlose Bombardierungen feindlicher Städte durch feindliche Flieger, Einbrüche durch feindliche Soldateska, Bräutigamsprekungen, Goldraub und ähnliches mehr. Die amtliche Lüge wurde für blanke Wahrheit genommen. Wer Zweifel zu äußern gewagt hätte, dem wäre es übrigens schlecht ergangen. Gegen ihn hätten die nationalen Schreimaschinen höllisch geheult und die gepanzerte Faust das übrige getan.

Die Schlammflut der Lüge erfüllte den gemolten Zweck. Die „gerechte vaterländische Sache“ wurde ehrlich geglaubt, die fülle Wehklage der Frauen wandelte sich in laute Empörung und die Jugend konnte leichter zu freiwilligem Kriegsdienst beschworen werden. Die Friedfertigkeit der Völker war in wilden Nationalismus umgeschlagen. Er hieß den Priestern ihre göttlichen Gebote vergessen und die Wodwaffen segnen, die dazu bestimmt, möglichst viele der Christenmenschen jenseits der Grenze umzubringen. Er hieß die Wissenschaft sich prostituieren, damit die Vernichtung von Leben und Gut vollkommen gelinge. Er hieß die internationalen Bewegungen, Parteien und Einrichtungen gerade in dem Augenblick ihre internationalen Pflichten und ihre heiligsten Schwüre vergessen, wo sie sie hätten unbedingt erfüllen müssen. Andererseits entwickelten ausgerechnet die Organisationen und Kreise eine unheimliche internationale Tätigkeit, die sich vor jeder als streng national ausgespielt und alles Internationale als des Frevels Gipfel hatten verdammen lassen, nämlich die aus den Heeres- und Rüstungsindustriellen bestehende Blutige Internationale.

Die Schuld der Regierungen an dem niederträchtigsten aller Verbrechen ist gewiß riesengroß, aber die der Rüstungsindustrie ist eher noch größer. Was die Ministerfesselwärmer durch negative Klugheit, Kurzsicht und Rückgratlosigkeit verschuldet, haben die Rüstungsindustriellen durch Gerissenheit, Planmäßigkeit und Rückgratlosigkeit herbeigeführt. Zwar bildet die Rüstungsindustrie selbst im weitesten Sinne nur einen geringen Bruchteil der Gesamtwirtschaft. Ihr Einfluß geht jedoch sehr weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinaus. Denn sie verfügt über zahlreiche Mittel der Stimmungsmache; sie hat ihre Agenten in den Parlamenten und hohen Staatsämtern wie im diplomatischen Dienst, und ihre Vertreter wurden vor dem Kriege von den Verantwortlichen begünstigt und zu Rate gezogen. Die Rüstungsindustrie war (und ist) daher von den inner- und außenpolitischen Dingen stets gut unterrichtet und sie vermag folgedessen ihre Pläne so gut zu steuern, daß sie die Augen der Öffentlichkeit abschloffen. Es gelang daher nur selten, den Schleier ein wenig zu lüften, und wer sich dessen vermaß, gegen den wälzte sich die ganze patriotische Meute, vom nationalen Zeitungsreiber bis zum Minister. Jeder Angriff auf die Rüstungsindustrie wurde (und wird) als ein Anschlag auf das teure Vaterland angesehen, fatalenfalls sie, die Rüstungsindustrie, doch nur um die nationale Wehrkraft besorgt sei und das gute Vaterland gegen die Reider und Gegner ausrichte. Und wer hätte so recht glauben mögen, daß die Herren von der Rüstungsindustrie, die sich immer unbedingt vaterländisch gestimmt gaben, das Vaterland überbortelten oder gar begaunerten?

Allein, gerade die Rüstungsindustrie, die die nationale Phrasenherunterleier wie die Kirchenbettelier das Vaterland, hat sich nie gescheut, Geschäfte mit anderen Staaten, ja mit den Feinden des Vaterlandes auf dessen Kosten zu machen. In dem Buche von Lehmann-Rußbüdt (Die Blutige Internationale, Fadel-Verlag) kann man lesen, daß in der United States Steel Company die größten Panzerplatten- und Kanonenkörper der

Welt friedlich zusammenarbeiteten. Es waren dort beisammen Krupp und die Dillinger Hütte, die englischen Widars und Armstrong — Gott strafe England! — und die amerikanische Bethlehem-Steelgesellschaft mit dem französischen Rüstungswerk Schneider-Creusot. Weiter war Krupp an den österreichischen Skodawerken und den russischen Putilowwerken beteiligt, und in diesem letzteren Unternehmen war Krupp wiederum mit dem Kanonenkönig des „Erbfeindes“, mit Schneider-Creusot beisammen. Dann waren die deutschen Waffen-

hat die deutsche Schwerindustrie massenhaft an die Feinde geliefert. In den ersten acht Monaten des Jahres 1916 sind monatlich bis zu 250 000 Tonnen Eisen und Stahl nach dem neutralen Ausland exportiert worden, durchschnittlich 150 000 Tonnen. Der (deutschen) Seereserverwaltung wurde erklärt, daß man außerstande sei, monatlich 15 000 Tonnen Stahl mehr für militärische Drahtzwecke zu liefern. Der Stahlwerkverband zahlte lieber 5 Mark Buße je Tonne, als er den deutschen Vaterlandsverteidigern Stahldraht lieferte. Auch der Firma Thyssen geschah nichts, „als es ruckbar wurde, daß sie während des Krieges an Holland Infanterieschusswaffen für 68 Mark verkaufte, die sie der deutschen Seereserverwaltung mit 117 Mark berechnete“. Die englische Flotte zog mit guten optischen Instrumenten in die Stagerasschlacht, die sechs Monate vorher von Zeiss-Jena und Goerz-Anschütz an eine holländische Matichapp (Gesellschaft) geliefert wurden. So kam es ferner, daß unsere Douanontschürmer in Drahten hängen blieben, die die Magdeburger Draht- und Kabelwerke zwei Monate vorher an die Schweiz geliefert hatten“ (Lehmann-Rußbüdt).

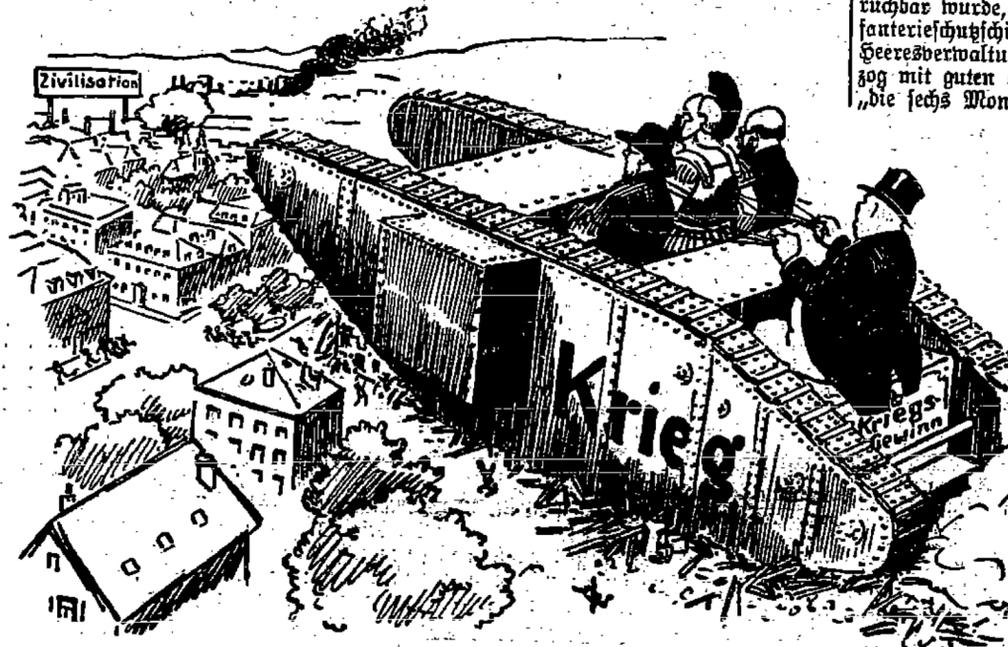
Es waren indessen nicht bloß unsere, die deutschen Schwerindustriellen, die den Feinden durch Verjüngung mit Kriegsmaterial das Durchhalten gegen Deutschland erleichterten, die Gegenseite tat das gleiche, wenn auch in viel bescheidenerem Umfange. Was die Deutschen an Rohstoffen zur Vernichtung der Entente bedurften, wurde von dieser teilweise beschafft. Die deutsche Rüstungsindustrie führte über Neutralen mittelbares Kriegsmaterial aus und bekam dafür Kautschuk, Öl, Kupfer usw. von der Gegenseite. Alle Sippen der Blutigen Internationale halfen sich zur Verlängerung des Massenmordes gegenseitig aus. Die Völker zahlten, die Schwerindustriellen jachten ein. Einige der Schwerindustriellen Patrioten wurden beim Handel mit den Feinden erwischt, es geschah ihnen jedoch nichts, es sei denn, daß ihnen — die Preise noch weiter hinaufgesetzt wurden. Die Schwerindustriellen zeigten sich allerdings auch nicht als Unmenschen, wie ja die Lubendorff-Sperbe bezugt; auch waren sie nachhaltig um die Welligung des Vaterlandes besorgt, was ihre Sucht nach den französischen Sybellen und einigen belgischen Industriebezirken offenbarte; und schließlich dachten sie auch daran, Deutschlands künftige Stellung im Reigen der Wirtschaftsmächte zu fördern, indem sie feindliche Industrieanlagen zerstörten, deren Maschinen in die eigenen Werke schleppen ließen — und belgische Arbeiter dazu.

Trotz der beispiellosen prächtigen Ernte der Blutigen Internationale ist bei ihr doch nicht alles eitel Sonne gewesen. Dies läßt ein Streit vermuten, den die deutsche Firma Krupp mit dem englischen Bickers-Unternehmen wegen eines Granatzündpatentes hatte. Krupp verlangte von Bickers je Zylinder 1 Schilling, insgesamt 123 Millionen Schilling. In dieser Summe kann man ersehen, wieviel die Firma Krupp an dem Tode jedes einzelnen deutschen Soldaten verdienen wird, den eine englische Granate in Frankreich zerfetzt. Über den Ausgang dieses Streites hat man in der Öffentlichkeit noch nichts Bestimmtes gehört, was leicht verständlich ist, da jede der beiden Seiten Grund in Fülle hat, die Sache still und brüderlich zu schlichten.

Nun darf man beiläufig nicht annehmen, daß mit dem Kriegsende die Blutige Internationale ihre Tätigkeit eingestellt habe. Das strakte Gegenteil ist richtig, wie die Vernehmung der Heere und Erneuerung der Kriegsrüstung handgreiflich beweisen. Bei Friedensschluß hätte man jeden, der von der Wiederholung der Massenmorderei geredet hätte, für einen Karren gehalten oder man hätte ihn aufgehängt. Heute aber, kaum zehn Jahre später, wird wieder allenthalben von dem Krieg als eine leichte Möglichkeit gesprochen und überall die Vorbereitung dafür getroffen. Die Schwerindustrielle Presse zieht heute noch lustiger als ehedem die patriotischen Register.

Dieselbe Sippe, die einst und ständig nach Verneuerung der Kriegsrüstung und nach Weltbeherrschung strebt, liefert den anderen Staaten Wodwaffen, wodurch sie Deutschland besiegen konnten. Dieselbe Sippe, die durch ihre Völkerbekehrung und Annektionsgelüste die ganze Welt gegen Deutschland aufgebracht, den Krieg verlängert und das Versailles-Diktat verursacht hat, läßt heute in allen Gassen nach Rebahde, nach „Abwerfung des Feindbundes“, nach „Zerstückung des Friedensvertrages“ hegen — gleichzeitig aber haben ihre Vertreter mit dem Feindbund im Internationalen Stahlkartell, im Chemiekartell und in anderen Körperchaften einträchtiglich beisammen und herantrottelten, wie sie am nachhaltigsten die Preise hochhalten, das heißt ihre eigenen Vandsleute pressen.

Es kommt nicht von ungefähr, daß diese nämliche Sippe allertwärts den Vortrupp der politischen und sozialen Reaktion bildet und sie überall die ausgesprochensten Widersacher der Friedenssache wie der Gewerkschaftsbewegung sind. Die Sippe befürchtet, daß ihr durch die Friedensfreunde und die organisierten Arbeiter das Geschäft der Völkerbekehrung und des



fabriken von Berlin, Karlsruhe und Oberndorf mit der Nationalen Kriegswaffenfabrik in Herstal (Belgien) vertraglich verbunden, die ihre Zeichnungen gegenseitig austauschten und Geschäfte untereinander machten. Ebenso eng waren die Pulverfabrikanten international verflochten und verbunden.

Die Blutige Internationale konspirierte im eigenen Lande gegen das Ausland, im Ausland gegen das eigene Land; sie lieferte dem Auslande Panzerplatten, Kanonen und Flinten, zuweilen viel billiger als dem teuren Vaterlande; sie übergab fremdsprachlichen Rüstungsfirmer ihre Patente und Werkpläne und dazu die Fachleute, damit das Ausland ja recht wirksame Wodwaffen herstellen konnte, die dann im Kriegsfall gegen die eigenen Landsleute verwendet wurden. Im Weltkrieg sind an allen Fronten Soldaten von Granaten zerfetzt worden, die die heimischen Rüstungsindustriellen den Feinden geliefert hatten. Es wurden bald im Ausland, bald im Inland lägenhafte Pressenotizen lanziert, um die Kriegsministerien eifersüchtig und die Regierungen rüstungswillig zu machen. Hatte ein Parlament viele Millionen für neue Wodwaffen und Schlachtschiffe bewilligt, wurde dies dem andern Parlament durch ergebene Abgeordnete und Zeitungen eindringlich zu Gemüte geführt, um auch hier eine neue Seereslieferung, ein neues prächtiges Geschäft zu bekommen.

Wie einkommlich nun auch das Friedensgeschäft der Rüstungsindustrie war, ihr Reiback schmol mit dem Weltkrieg ins Riesenhafte. Das war ihr Krieg, denn sie hatte ihn durch Gegeneinanderauspielen und Verhehung der Völker gestiftet vorbereitet. Das war eine Gelegenheit, die Staatskassen zu leeren, wie man sie in kühnsten Träumen nicht zu träumen gewagt hatte, denn nicht nur zwei Vaterländer, sondern gleich mehr als ein halbes Duzend brauchten jetzt Wodwaffen, um sich zu erwidern. Die Vaterländer in Gefahr konnten nun allesamt wie Zitronen ausgepreßt werden. Eine Störung dieser Auspresserei war jetzt schon gar nicht zu befürchten, denn man hatte ja die einfältigen Völker, nachdem man sie mit dem Wahn erfüllt hatte, sie kämpften für die nationale Ehre, die Rettung der Zivilisation oder die nationale Freiheit, unter Jenseit und Kriegstunlichkeit gebracht, die jede kritische Stimme glattweg ersticken. Die Hauptsache war, dafür zu sorgen, daß der Krieg immer umfangreicher und möglichst lange dauerte. Dies bedingte zum ersten, daß sich die „nationalen“ Rüstungsindustriellen gegenseitig aushalfen, damit die Gegenseite nicht etwa wegen irgendeinem Mangel das Geschäft aufzugeben brauchte; das bedingte zum andern, daß jedes Verlangen nach Frieden laut als Schmachfrieden geachtet, die Friedensmänner als Dolchstößer hingestellt und die Friedensforderungen von der Blutigen Internationale erhöht wurden.

Diese Bedingungen hat insbesondere die deutsche Rüstungsindustrie am vollkommensten erfüllt. Sie hat das meiste Blutgeld aus den Tränen der Frauen und Kinder, aus den Leichen der Soldaten, aus der Not des Vaterlandes gewonnen. Ob Sieg oder Niederlage — sie gewannen immer, am meisten freilich durch die Niederlage. Je mehr verwüstet wurde, desto eintträglicher die Bestellungen. Nach der Niederlage an der Marne wurde von der deutschen Schwerindustrie der Preis für die Tonne Gußstahl von 160 bis 180 Mark auf 280 Mark gehiegt. Während des Krieges, so berichtet Lehmann-Rußbüdt,

fabriken von Berlin, Karlsruhe und Oberndorf mit der Nationalen Kriegswaffenfabrik in Herstal (Belgien) vertraglich verbunden, die ihre Zeichnungen gegenseitig austauschten und Geschäfte untereinander machten. Ebenso eng waren die Pulverfabrikanten international verflochten und verbunden.

Die Blutige Internationale konspirierte im eigenen Lande gegen das Ausland, im Ausland gegen das eigene Land; sie lieferte dem Auslande Panzerplatten, Kanonen und Flinten, zuweilen viel billiger als dem teuren Vaterlande; sie übergab fremdsprachlichen Rüstungsfirmer ihre Patente und Werkpläne und dazu die Fachleute, damit das Ausland ja recht wirksame Wodwaffen herstellen konnte, die dann im Kriegsfall gegen die eigenen Landsleute verwendet wurden. Im Weltkrieg sind an allen Fronten Soldaten von Granaten zerfetzt worden, die die heimischen Rüstungsindustriellen den Feinden geliefert hatten. Es wurden bald im Ausland, bald im Inland lägenhafte Pressenotizen lanziert, um die Kriegsministerien eifersüchtig und die Regierungen rüstungswillig zu machen. Hatte ein Parlament viele Millionen für neue Wodwaffen und Schlachtschiffe bewilligt, wurde dies dem andern Parlament durch ergebene Abgeordnete und Zeitungen eindringlich zu Gemüte geführt, um auch hier eine neue Seereslieferung, ein neues prächtiges Geschäft zu bekommen.

Wie einkommlich nun auch das Friedensgeschäft der Rüstungsindustrie war, ihr Reiback schmol mit dem Weltkrieg ins Riesenhafte. Das war ihr Krieg, denn sie hatte ihn durch Gegeneinanderauspielen und Verhehung der Völker gestiftet vorbereitet. Das war eine Gelegenheit, die Staatskassen zu leeren, wie man sie in kühnsten Träumen nicht zu träumen gewagt hatte, denn nicht nur zwei Vaterländer, sondern gleich mehr als ein halbes Duzend brauchten jetzt Wodwaffen, um sich zu erwidern. Die Vaterländer in Gefahr konnten nun allesamt wie Zitronen ausgepreßt werden. Eine Störung dieser Auspresserei war jetzt schon gar nicht zu befürchten, denn man hatte ja die einfältigen Völker, nachdem man sie mit dem Wahn erfüllt hatte, sie kämpften für die nationale Ehre, die Rettung der Zivilisation oder die nationale Freiheit, unter Jenseit und Kriegstunlichkeit gebracht, die jede kritische Stimme glattweg ersticken. Die Hauptsache war, dafür zu sorgen, daß der Krieg immer umfangreicher und möglichst lange dauerte. Dies bedingte zum ersten, daß sich die „nationalen“ Rüstungsindustriellen gegenseitig aushalfen, damit die Gegenseite nicht etwa wegen irgendeinem Mangel das Geschäft aufzugeben brauchte; das bedingte zum andern, daß jedes Verlangen nach Frieden laut als Schmachfrieden geachtet, die Friedensmänner als Dolchstößer hingestellt und die Friedensforderungen von der Blutigen Internationale erhöht wurden.

Diese Bedingungen hat insbesondere die deutsche Rüstungsindustrie am vollkommensten erfüllt. Sie hat das meiste Blutgeld aus den Tränen der Frauen und Kinder, aus den Leichen der Soldaten, aus der Not des Vaterlandes gewonnen. Ob Sieg oder Niederlage — sie gewannen immer, am meisten freilich durch die Niederlage. Je mehr verwüstet wurde, desto eintträglicher die Bestellungen. Nach der Niederlage an der Marne wurde von der deutschen Schwerindustrie der Preis für die Tonne Gußstahl von 160 bis 180 Mark auf 280 Mark gehiegt. Während des Krieges, so berichtet Lehmann-Rußbüdt,

Was der Lockvogel pfliff

Außenhandel und Arbeitslosigkeit

Waffennotwendig unterdrückt wird. Sie braucht die Menschenschlachtereier, um ihre Geldschänke zu füllen und ihre Herrschaft zu erhalten.

Wenn die Rüstungsindustrie des Vaterland spricht, meint sie ihre Geldschänke. Die nationale Presse von Besetzung der Disziplin des Reichslandes spricht, meint sie die Besetzung der Disziplin des Reichslandes. Wenn die Progresspartei nach Erlösung von dem Schmachtrücken rufen lassen, meinen sie die Erlösung von dem Schmachtrücken, das ist seinen Krieg, einen noch gelingender sprechenden Abbau für die Rüstungsindustrie.

Das Vaterland ein Volk an Freiheit, Lebensmöglichkeit, Selbstbestimmung, Wohlfahrt und Glück braucht, kann es nur o h n e die Rüstungsindustrie, muß es gegen die Unziale Internationale erlangen. Es kann so lange nicht an die Befriedung der Welt oder an den Völkerrfrieden gedacht werden, als die Sippe von Unmenschen geduldet wird, die sich von der Zwietracht der Völker nährt und der aus dem Massenmord Reichum und Macht quillt.

Die die Metallindustriellen rüsten

Jüngst hielt die Gesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zur Entschärfung der Verhandlungen ihre Ausschüßung ab. Das Protokoll der Verhandlungen ist voller Mahnungen für die Metallarbeiter. In der Schöffungsampel wurde darauf hingewiesen, daß die Zahlungen an die Gesellschaft für die großen Bewegungen im Jahre 1928 an Mitteldeutschland 1167 000 M., an Sachsen 2 788 000 M., an Westfalen 2 762 000 M. von so überzeugender Schlagkraft seien, daß sich die einzelnen Verbände doch versichern sollten, um bei Arbeitskämpfen einen starken Rückhalt zu haben.

Beim Tätigkeitsbericht wurde mit besonderer Genugtuung hervorgehoben, daß die Gesellschaft in der Lage gewesen sei, im Jahre 1928 trotz der großen Streiks in Mitteldeutschland, Sachsen und auf dem Seeschiffswesen die volle lohnungsgemäße Entschädigung in Höhe von über 8 Millionen Reichsmark auszugeben. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die auf diese drei Gruppen entfallenden Entschädigungen noch erheblich größer gewesen wären, wenn sämtliche von Streit und Unzufriedenheit betroffenen Mitglieder den Normalvertragslohn von 8 M je 1000 M der Lohnsumme an die Gesellschaft gezahlt hätten. Die betreffenden Mitglieder hätten in diesem Falle Entschädigungsansprüche in Gesamthöhe von 12 Millionen gehabt. Nach der Berechnung habe sich weiter ergeben, daß wenn sämtliche Mitglieder seit Beendigung der Inflation den Normalvertragslohn von 3 M je 1000 M der Lohnsumme gezahlt hätten, die Gesellschaft für die Jahre 1924 bis 1928 eine Gesamtsumme in Höhe von 25 1/2 Millionen gehabt hätte, denen lohnungsgemäße Entschädigungsansprüche von 18 1/2 Millionen gegenüberstanden hätten. In diesem Falle wäre also noch ein Vermögen von 7 1/2 Millionen Reichsmark im Entschädigungsfonds vorhanden ohne Berücksichtigung der auf 1 1/2 bis 1 1/4 Millionen zu veranschlagenden Zinsen. Hieraus gehe hervor, wie notwendig und wünschenswert es wäre, daß sich die Mitglieder durch eine möglichst hohe Beteiligung an der Gesellschaft einen starken finanziellen Rückhalt schaffen.

Es wurde ferner erwähnt, daß Herr Blohm-Hamburg hervorgehoben habe, daß die Entschädigungsgesellschaft für die Westfalen bei der Abwehr des Westarbeiterkampfes von größtem Werte gewesen sei, namentlich dadurch, daß den Westfalen laufend viergelohnig ein Vorbehalt in Höhe von 50 vH der zu erwartenden Entschädigung gezahlt wurde.

Die Entschädigung der Gesellschaft wurde als sehr günstig bezeichnet. Nachdem nach der Inflation eine allgemeine Geradenkung der Vertragsstufe erfolgt war, sei in den letzten Jahren zu beobachten, daß ein sehr großer Teil der Mitglieder zu den früheren höheren Vertragsstufen zurückgekehrt ist. So wurde für das Jahr 1929 festgestellt, daß an dem Vertragsaufkommen, das auf rund 6 Millionen Reichsmark geschätzt wird, die Vertragsstufe von 8 M wieder mit 64 vH, die Vertragsstufe von 4 M mit 10 vH beteiligt ist, während die Beiträge der 1. und 2. Vertragsstufe nur noch rund 28 vH des Vertragsaufkommens gegenüber 72 vH im Jahre 1924. Wenn alle Mitglieder im Jahre 1929 mit 8 M befähigt wären, ergäbe sich daraus eine Vertragsleistung von 7,2 Millionen. Damit würde jedenfalls eine Jahreserhöhung erreicht, die in verhältnismäßig wenigen Jahren zur Zusammenfassung eines erheblichen Entschädigungsfonds führen würde.

Ende 1928 wies die Gesellschaft einen Mitgliederbestand von 8479 Firmen mit 224 671 Arbeitern und 1 768 817 979 M Lohnsumme auf. Für das Jahr 1929 läßt die Gesellschaft eine günstige Entwicklung erwarten, da einmal die Lohnsumme gestiegen sein dürfte, außerdem hätten durch ein Verschärfen eine größere Anzahl von Mitgliedsfirmen herangezogen werden können, eine Erhöhung ihres Vertragslohnsummes vom 1. Januar 1929 an zum Teil unter Übertritt in die neu eingeführte Vertragsstufe von 4 M je 1000 M der Lohnsumme zu erwarten.

Diese Zahlen sollten unsere Mitglieder immer bei der Vorbereitung der noch nicht dem Verbande angeschlossenen Arbeitskollegen vor Augen halten.

Gut gebrüllt, Löwe!

Christliche Gewerkschafter bereiten folgende Ansprache: Nach Bekanntwerden der Tatsache, daß in der Arbeitslosenversicherung sich verschiedene Kräfte vereinigen haben (welche wir von den christlichen Gewerkschaften keineswegs billigen), sollte auf der ganzen Linie eine Auseinandersetzung über den angelegten Widerspruch ein, während sich niemand in ganz Deutschland über die bestehenden Missstände unserer Versicherungsgebung aufregte, auch nicht diejenigen, welche über die Überspannung der heutigen Versicherungsleistungen und meinet, die Wirtschaft keine zu nicht ertragen.

In unserer Versicherungsregelung sind die Missstände ebenso groß, wie bei der Arbeitslosenversicherung.

In 808 Millionen Reichsmark, die für Pensionen an die Landes- und Gemeindebeamten gezahlt werden, kommen auch folgende Leistungen: Pensionen für Reichsbeamte und Offiziere der ehemaligen Reichsmacht 220 Millionen Reichsmark, Pensionen für Beamte der Reichspost 20 Millionen Reichsmark, Pensionen für Beamte der Reichsbahn 400 Millionen Reichsmark. Mit den 808 Millionen sind es zusammen also 1 628 Millionen Reichsmark. Die Summe von 478 Millionen Reichsmark, die für Pensionen an verunglückte Landes- und Gemeindebeamte gezahlt ist, kommt auf den Gesamtjahr 1928/29. In der Durchführung sind die Pensionen durchschnittlich um 10 vH erhöht worden, so daß die Gesamtsumme für Pensionen sich in diesem Jahr auf mehr als über 600 Millionen Reichsmark belaufen dürfte. Hierin kommt noch, daß die Angehörigen der Reichsmacht, die mit der Reichswehr ausgeschieden sind, nicht selten bei einer öffentlichen Körperlichkeit Anspruch werden können, Versorgungsleistungen zu erhalten. Diese sind für den niedrigen Versorgungsanspruch ebenfalls ebenfalls eine Summe von 30 Millionen Reichsmark. (Diese Zahlen sind die höchsten Zahlen, die wir kennen können der Bestimmungen der Bestimmungen für den Bereich des Reichs.) Die Gesamtsumme für alle Versicherungsleistungen beläuft demnach 1 900 000 000 Reichsmark.

Angesichts dieser Verschwendung des Reichs Geldes wäre es nicht angebracht, wenn die hohen Pensionen gekürzt und bei denjenigen, die Privatangehörige von ihrer Arbeitsstelle verdrängen und an ihrer Pensionseinnahme nach einem Arbeitsverhältnis fächten, eine entsprechende Abänderung in der Versicherungsregelung erfolgen würde. Davon reden aber im Reichstag diejenigen nicht, die ja immer über die Abstände der Sozialversicherung schimpfen. Diese Tatsache ist kennzeichnend für die Einstellung weiterer Preise im Reichstag.

Zunächst muß ja dem Vertrauenseligsten klar sein, daß — wenn das JFV Recht hat — das Ganze wieder auf ein Karussell hinausläuft. Die Löhne sollen niedrig sein, damit die Ausfuhr billig ist und wächst; dann werden Hunderttausende von Arbeitern Beschäftigung finden. Aber wenn das zutrifft, dann müssen ja eben dadurch die Löhne wieder steigen und — in weiterer Umbiegung des Karussells — der Außenhandel stoden! Wie trostlos heißt sich doch die Rage in den Schwanz jedesmal, wenn man den Versuch macht, einen Gedanken der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft bis zu Ende durchzubacken.

Aber lassen wir jetzt mal Logik und gesunden Menschenverstand beiseite — die überhaupt wenig Platz finden bei dem, was die Unternehmer und ihre gelehrten Preisrichter uns als „Wissenschaft“ aufstiften — und halten wir uns an die Zahlen. Da zeigt sich, daß die deutsche Ausfuhr in den letzten 5 Jahren (seit Beendigung der Inflation) ganz bedeutend gewachsen ist. Sie erreichte im Monatsdurchschnitt:

1925	733 Millionen Mark	1927	852 Millionen Mark
1926	816	1928	970

Wenn wir uns auf die ersten vier Monate jedes Jahr beschränken, um den Vergleich bis 1929 fortsetzen zu können, so gelten folgende Zahlen:

Jan./April 1925	676 Mill. M.	Jan./April 1928	936 Mill. M.
1926	890	1929	1013
1927	792		

Man wird zugeben müssen, daß eine stärkere Zunahme der deutschen Ausfuhr selbst unter den günstigsten Umständen auf absehbare Zeit kaum zu erhoffen ist. Macht doch der Unterschied zwischen 1929 und 1925 volle 50 vH aus! Obgleich ist damit der Beweis erbracht, daß Lohnsteigerung die Zunahme der Ausfuhr nicht hindert. Denn in derselben Zeit sind die Geldlöhne in Deutschland wie folgt gestiegen:

Und noch etwas anderes ist bemerkenswert. Das Deutsche Reich zählt den Beamten, die sich im Ausland befinden und verheiratet sind (Auslandsvertretungen), eine besondere Frauenanzahl. So bezieht beispielsweise der Botschafter in Moskau einen monatlichen Frauengeldzuschlag von rund 4000 Reichsmark, das sind jährlich 48 000 Reichsmark allein an Frauengeldzuschlag. Wenn man dieser Frauengeldzuschlag auf 5000 Reichsmark kürzt und der verbleibende Restbetrag für Zwecke der Kriegsveteranenunterstützung verwendet würde, dann wäre das sozial gerecht. Diesen hohen Frauengeldzuschlag bezieht aber nicht allein der Botschafter in Moskau, sondern auch die Botschafter in Paris, Madrid, London usw.

Hier Änderungen herbeizuführen, wäre angebracht. Die Reichsregierung will hier einen ersten Schritt tun; sie hat eine Veranordnung dieser Art in Aussicht gestellt. Hoffentlich kommt dabei was Ordentliches heraus.

Diese Kritik ist ausgezeichnet. Aber es muß daran erinnert werden, daß alle Anträge im Reichstag, die von der Sozialdemokratie in dieser Richtung gestellt werden, vom Zentrum, der politischen Vertretung der christlichen Gewerkschaften, in hoher Gemeinschaft mit der Reaktion abgewürgt werden.

hochgehender Geschäftsgang in der Schwerindustrie

Wenn ein hochgehender Geschäftsgang in den Schlüsselindustrien der Verbote einer allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage ist, dann kann man wohl mit einem endgültigen Aufstiege gerechnet werden. Die folgenden Zahlen lassen einen guten Geschäftsgang in der Schwerindustrie erkennen. Die arbeitsfähige Erzeugung betrug in Tonnen:

	für Maschinen	Wagnereisen	Wagnereisen
Oktober 1928	32 700	48 305	57 992
Januar 1929	35 428	56 521	42 448
Februar 1929	35 061	62 904	30 078
März 1929	34 235	52 664	40 661
April 1929	36 837	56 697	44 329
Mai 1929	36 600	56 842	42 500

Durch diese Zahlen wird die Produktion vor der Aussparung noch überwiegen. Auch die Kohlenförderung hält sich auf einem hohen Stand.

Roggenbefreiung für die Eisenbahn

Nach langer Vermittlung ist es zu einer Vereinbarung der Eisenbahn und der heutigen Roggenbrennereien gekommen. Ein Mandatparlamentarier gewährt der Eisenbahn und den Roggenfabrikanten einen Kredit von 100 Millionen Reichsmark. Dieser Kredit wird von der Eisenbahn und zu einem geringen Teil von den Roggenbrennern bestrahlt. Für das laufende Jahr ergibt sich einschließlich der bisherigen Verpflichtungen ein Nettostand von 100 Millionen Reichsmark. Für 1930 sieht der Haushaltsplan Anträge in Höhe von 188 Millionen Reichsmark vor. 2100 Personennagen und 300 Gepäckwagen sollen bis Ende 1930 in Auftrag gegeben werden. Diese Roggenbefreiungen gliedern sich in 100 D- und 2. Klasse, 1000 2. Klasse-Wagen, 500 2. und 3. Klasse-Wagen und 50 vierachsige Gepäckwagen für Personenzüge. Durch diese Befreiungen der Roggenbefreiung sind die heutigen Roggenbrenner auf längere Zeit finanziell wohl beschützt. Ganz kommt noch, daß auch die Straßenbahnen und sonstige Körperlichkeiten nicht geringe Aufträge zu erwarten haben. Die langjährige Geschäftsleide im Roggenbau ist be-
hoben

Zeitraum	Gesamte Umsätze	Umsätze die Woche
Januar/April 1925	42,28	31,38
1929	52,57	40,26
Zunahme	24 vH	27 vH

Wachstum der Geldlöhne und zugleich viel stärkeres Wachstum der Ausfuhr! Sowie man die Nase in die Tatsachen steckt, erweist sich so ziemlich alles, was uns die Unternehmerrwissenschaften vorbringt, als falsch.

Nun könnte man einwenden, nicht die Ausfuhr insgesamt sei ausschlaggebend, sondern nur die Ausfuhr von Fertigfabrikaten, weil sie bei dem Wirtschaftsaufbau Deutschlands der entscheidende Teil sei und jedenfalls für die Beschäftigung von Industriearbeitern allein in Betracht komme. Auf diesen Einwand einzugehen, können wir uns sparen, weil er nämlich am Tatbestand nichts ändert. Die deutsche Ausfuhr von Fertigwaren betrug im monatlichen Durchschnitt:

Jahr	ganzes Jahr	erste 4 Monate
1925	552	510 Millionen M.
1926	580	604
1927	629	575
1928	708	691
1929	—	747

Da ist die Zunahme zwar nicht ganz so stark, aber sie macht von 1925 bis 1929 immerhin 34 vH aus. Auch da haben also die steigenden Geldlöhne nicht gehindert. Und ebensowenig haben sie die Großhandelspreise in die Höhe getrieben. Deren Index stand wie folgt:

Jahr	1925	1927	1928
Großhandelsindex der Fabrikate	156,7	147,2	159,6
	149,5	—	—

Das alles sind, wie gesagt, die Zahlen, die das JFV oder das Statistische Reichsamt selbst geliefert hat. Sie widerlegen schlagend so ziemlich jede der aufgestellten Behauptungen. Endlich, wie steht es mit der Beschäftigung? Hat die so beträchtlich gemachte Ausfuhr die Arbeitslosigkeit beseitigt oder auch nur wesentlich gemildert?

Bekanntlich gibt es mehrere Arten, die Arbeitslosen zu zählen. Zuverlässig ist davon einzig und allein die Zählung der Gewerkschaften. Die Gründe sind unseren Lesern bekannt: Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen ist stets viel größer als die Zahl der Unterjüngungsangehörigen. Man weiß aber nicht genau, um wieviel. Deshalb müssen wir hier von den amtlichen Zahlen abgehen und uns statt dessen an die Ermittlungen der Gewerkschaften halten. Von deren Mitgliedern waren arbeitslos:

Jahr	im Jahresdurchschnitt	im Durchschnitt der ersten 4 Monate
1925	6,8 vH	6,4 vH
1926	18,2	21,9
1927	9,0	13,4
1928	8,6	9,4
1929	—	17,4

Man vergleiche die Zahlenreihen: auf der einen Seite das Anwachsen der Ausfuhr — ob man nun die Gesamtausfuhr nehme oder nur die Ausfuhr der Fertigfabrikate — auf der andern Seite das Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Und man wird sehen, daß auch dieses Gerede von der Behebung oder Milderung der Arbeitslosigkeit durch die Ausfuhr zu den Lockvogelgerüchten gehört, womit die deutschen Arbeiter dumm gemacht werden sollen.

Zusammenschluß der deutschen Seeschiffswerften

Die seit Jahren betriebene Zusammenschlußbewegung der Seeschiffswerften hat zu einer weiteren Klärung geführt. Der größte Teil dieses ehemaligen blühenden Industriezweiges ist in dem Bremer Werktrakt Deschimag vereinigt. Außerhalb desselben stehen die Werften Blohm & Voß, Hamburg, die Deutsche Werk, Hamburg und die Gruppe, die der hamburger Raffesgroßhändler Dietrichsen gebildet hat. Letzterer besitzt die Howaldtswerke in Kiel, Jamke & Schmilinsky, Hamburg, und Teile der Vulkanwerft in Hamburg. Die Vulkanwerft wird vollständig aufgelöst. Wahrscheinlich bei den Seeschiffswerften sind also in Zukunft die Deschimag, Dietrichsen und Blohm & Voß. Ob damit die Zusammenschlußbewegung abgeschlossen ist, steht dahin.

Die Fahrräder werden teurer

Die Vereinigung der deutschen Fahrradfabrikanten hat kürzlich beschlossen, die Preise für Fahrräder mit sofortiger Wirkung um 3 M zu erhöhen. Der Konsument wird natürlich höher belastet, weil ja die Handelsaufschläge prozentual erfolgen. Begründet wird diese Erhöhung mit den gestiegenen Herstellungskosten. Die Krise in der Fahrradindustrie wird dadurch nicht beseitigt, sondern eher noch erhöht. Die Arbeiter können sich vor dieser Erhöhung schützen, indem sie ihre Einkäufe bei dem Lindcar-Fahrradwerk beden. Dieses ist natürlich an den Beschluß der Fahrradfabriken nicht gebunden.

Wenn man Tasche und Band voll hat — In dem Geschäftsbericht der Disconto-Gesellschaft für 1928 wird an einer Stelle von der „Übersteigerung des Primärs der sozialen Fürsorge“ gesprochen, die dem Einzelnen die Sorge „für die Bewältigung des Lebens“ abnehmen will und dadurch eine „verantwortungslose Generation“ heranzuwachsen läßt. Es ist nun sicherlich sehr leicht, von dem Heranzuwachsen einer „verantwortungslosen Generation“ zu reden, wenn die Disconto-Gesellschaft über 656 000 M als Gewinnbeitrag auf den Ausschüßrat verteilt, so daß ein ganz erklecklicher Betrag auf jeden Einzelnen gemittelt als Taschengeld einfließt. Diese Herrschaften haben für die „Bewältigung des Lebens“ gut vorgesorgt und können folgedessen so faulen wie oben. Wenn man Tasche und Band voll hat —

Aus dem Inhalt

Die Blutige Internationale	233
Wie die Metallindustriellen rüsten — Gut gebrüllt, Löwe! — Was der Lockvogel pfliff	234
Technik in Land- und Gartenwirtschaft — Elektromagnetische Zugsicherung	235
Im August vor 15 Jahren — Im Westen nichts Neues — Uns treibt nicht Eroberungslust	236
Die Hinrichtung des Feldwebels Niederländer — Der Dank ist euch gewiss!	237
Ergebnisse der Verbandstätigkeit — Ueble Wohltäterei und Gesinnungsschnüffelei — Entschuldige dich! Sonst... — Zurückerstattete Lohnsteuer	238
Der amerikanische Gewerkschaftsband und Amsterdams — Verbandstag des Dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiter-Verbandes	239
Das Ringen im Jahre 1928	240

Technik und Werkstatt

Technik in Land- und Gartenwirtschaft

Abdämpfe aus Kraftwerken heizen Gewächshäuser Elektrische Bodenbeheizung. Chemische Verjüngung der Aecker

Von Ernst Trebesius

Mit der Gewinnung des Stickstoffes aus der Luft (Stickstoffdünger) haben deutsche Chemiker in etwa zwei Jahrzehnten einige Kornprovinzen auf friedlichste Weise erobert. Mit der technischen Durchdringung der gesamten Land- und Gartenwirtschaft können die deutschen Techniker ähnliche Großtaten vollbringen. Noch immer müssen außer den vielen hundert Millionen Goldmark für eingeführtes Getreide, Eier und Milchprodukte riesige Summen für Frühgemüse ins Ausland abgeführt werden. Nicht weniger denn 62 000 000 kg Tomaten allein wurden 1928 bei uns eingeführt, wozu sich noch die ungeheuren Mengen von Gurken, Blumenkohl usw. gesellen. Mit Recht wies das preußische Ministerium für Landwirtschaft in einer 1926 herausgegebenen Denkschrift darauf hin, daß die deutschen industriellen Werke zur Verminderung dieser Einfuhr ihr redlich Teil beitragen könnten, wenn sie ihren Betrieben größere Gewächshausbetriebe, in denen die Abwärme noch wertvolle Dienste zu leisten vermag, angliedern würden.

Dieser Hinweis ist hier und dort schon befolgt worden und dürfte in noch umfassender Weise beherzigt werden. Das Kraftwerk Wiesmoor hat heute bereits Gewächshäuser von 25 000 qm Bodenfläche in Betrieb, die aus dem Kraftwerk geheizt werden. Da auch das Kraftwerk Bleicherode im Südharz mit der Verkopplung von Energiewirtschaft und dem Bau von Frühgemüse gute Erfolge erzielte, hat jetzt auch das neue Berliner Großkraftwerk Klingenberg rund 10 000 qm Bodenfläche mit Gewächshäusern bebaut, in denen außer Tomaten und Gurken auch Blumen gezogen werden sollen. Weitere 5000 qm Gelände stehen für gleichen Zweck noch zur Verfügung und sollen später auch noch ausgenutzt werden. Die 12 Gurkenhäuser sind je 80 m lang, 4 m breit und haben 2,5 m Firsthöhe; die 7 Tomatenhäuser sind nur 67 m lang, dafür aber 9 m breit und 4 m hoch. Außer einem Anzuchtstadium für Gurken und Tomaten steht noch ein 80 m langes Blumenhaus zur Verfügung. Alle Treibhäuser werden mittels Warmwasser geheizt, das durch Anzapfdampf von 2,5 Atm. Überdruck erwärmt und durch eine Pumpe in die Rohrleitungen gedrückt wird. In den Gurkentreibhäusern ist außer der Raumheizung auch eine Bodenheizung eingebaut, um in den Wintermonaten die für das Wachstum der Pflanzen erforderliche Bodenwärme künstlich erzeugen zu können. Der Versuch, das Wachstum der Kulturen durch elektrisches Licht zu fördern, hat bereits gute Ergebnisse gezeitigt.

Von Schweden ausgehend hat auch die elektrische Bodenbeheizung in Deutschland verschiedentlich Anwendung gefunden. Da die Elektrizitätswerke nachts sehr wenig belastet sind, der Betrieb jedoch auch in den Stunden geringsten Stromverbrauches aufrechterhalten werden muß, so sind die Werke dauernd auf der Suche nach Abnehmern für den Nachtstrom. Je mehr die sehr großen Schwankungen zwischen dem höchsten und geringsten Stromverbrauch ausgeglichen werden können, um so wirtschaftlicher arbeitet ein solcher Betrieb. Die Werke kommen deshalb den Abnehmern durch einen mehrfach billigeren Tarif sehr weit entgegen. Es lag deshalb nahe, den billigen Nachtstrom auch zur Bodenbeheizung heranzuziehen, um auf diese Weise das gutbezahlte Frühgemüse in Treibbeeten zu erbauen. Da in Schweden und der Schweiz der elektrische Strom aus Wasserkraften billig gewonnen wird, so hat dieses Verfahren des elektrisch beheizten Bodens dort sogar schon bei Freilandkulturen Anwendung gefunden. Ob die elektrische Bodenbeheizung auch in Deutschland mit Gewinn angewendet werden kann, müssen die Versuche noch ergeben, die hier und dort auch bei uns angestellt worden sind.

Alljährlich gehen größere Mengen von den für die Viehfütterung bestimmten Kartoffeln verloren, da die übliche Aufbewahrung in der Miete die Verderbnis nicht völlig fernzuhalten vermag. Um der Landwirtschaft diese Verluste zu ersparen, hat Professor Dr.-Ing. Rofin gemeinsam mit der Rheinischen Maschinenfabrik, Neuß, eine pneumatische Umlaufdrehung für Kartoffeln ausgearbeitet, die es gestattet, einen Zentner Rohkartoffeln mit rund 42 Pf. Unkosten zu Kartoffelgries zu trocknen. Die geschnitzelten Kartoffeln werden durch eine Vorrichtung in einen heißen Gasstrom, der 800 bis 1000 Grad Hitze besitzt, geblasen und gelangen durch ein Fallrohr in eine Trennvorrichtung, aus der die feuchten Bestandteile in einen Zerkleinerungsmechanismus fallen. In ihm wird die trockene Oberfläche der Schnitzel entfernt und das Material wieder in den aufsteigenden heißen Gasstrom geschleudert, worauf in der Trennvorrichtung das fertig getrocknete Gut mit dem Gasstrom in einen Zyklon gelangt und darin von ihm geschieden wird. Die noch unvollständig getrockneten Teile vollführen den Kreislauf solange, bis der gewünschte Trocknungsgrad erreicht ist. In einer Minute läßt sich der Wassergehalt der Kartoffeln von 75 auf 10 vH vermindern. Der so erzeugte Kartoffelgries ist eine trockene, leicht verdauliche Dauerware.

Von der zuckererzeugenden Industrie wurde es von jeher als ein großer Uebelstand empfunden, daß der Ertrag jeder Zuckerrübenenernte jedesmal innerhalb einiger Monate verarbeitet werden muß, da sich die Rüben nicht länger halten. Die Anlagen zur Bewältigung einer bestimmten Zuckerrübenmenge müssen also größer sein, als sie bei Ver-

teilung der Arbeiten über ein ganzes Jahr sein brauchen. Auch kann eine Zuckerfabrik keinen festen Arbeiterstamm halten, sondern muß mit Wanderarbeitern auskommen. All diese Schwierigkeiten ließen sich mit einem Schlage beheben, wenn es gelänge, die Zuckerrüben so zu erhalten, daß ihre Verarbeitung auf ein volles Jahr verteilt werden könnte. Wie eine englische Fachzeitschrift berichtet, darf das Problem der Trocknung von Zuckerrübenschnitzeln als ziemlich gelöst betrachtet werden. Der italienische Chemiker Dr. de Vecchis hat Schnitzel bei etwa 80 bis 100 Grad getrocknet und dabei festgestellt, daß die Schnitzel ihre Feuchtigkeit bis auf einen geringen Teil (3 vH) verlieren. Die in den Schnitzeln enthaltenen Eiweißstoffe gerinnen während der Trocknung völlig. Zwei in Sanquinette (Italien) errichtete Trocknungsanlagen für 70 Tonnen und 100 Tonnen Leistung in 24 Stunden erhalten die Schnitzel soweit, daß ihre Verarbeitung auf einen größeren Zeitraum verteilt werden kann, als es bisher möglich war. Das Verfahren der Rübenkonservierung dürfte auch für unsere ausgedehnte Rübenzuckerindustrie von großer Bedeutung werden.

Da eingehende Versuche gezeigt haben, daß die Pflanzen bei künstlicher Zuleitung von Kohlensäure üppiger gedeihen, als wenn sie nur auf den geringen Kohlensäuregehalt der Luft (0,03 vH) angewiesen sind, so hat sich das bereits erwähnte Kraftwerk Wiesmoor entschlossen, die Kohlensäuredüngung der Pflanzen in seinen 25 000 qm bedeckenden Gewächshäusern einzuführen. Nach dem Verfahren von Dr.-Ing. Riedel, Essen, der die Frage der Kohlensäuredüngung seit Jahren gründlich bearbeitet hat, werden hierzu die Verbrennungsgase der Dampfkesselheizung benutzt, nachdem sie von allen pflanzenschädlichen Bestandteilen, insbesondere von Schwefelsäure, gereinigt worden sind. Statt die Gase durch den Schornstein ins Freie abziehen zu lassen, werden sie im Schornsteinfuchs durch eine Gasreinigungsanlage hindurchgesaugt und mittels eines Ventilators in die zum Gewächshaus führende Rohrleitung gedrückt. Die Gasleitung in den Treibhäusern hat in bestimmten Abständen Löcher, aus denen die Kohlensäuregase austreten. Die Pflanzen werden vormittags und nachmittags je eine Stunde lang begast. Da man die Pflanzen eines Treibhauses nicht mit Kohlensäure düngte, so ließen sich Vergleiche anstellen. Die begasteten Kulturen waren nicht nur 10 bis 12 Tage früher reif (womit ein höherer Marktpreis erzielt wurde), sondern sie ergaben auch einen wesentlich höheren Gesamtertrag und wohlschmeckendere Früchte. Da die Kohlensäure in diesem Falle aus den „Abfällen“ des Kraftwerkes, die sonst aus dem Schornstein entweichen, gewonnen wird, sind die Betriebskosten für die Anlage im Verhältnis zu dem Nutzen äußerst gering.

Der Kohlensäuregehalt der freien Luft ist so gering, daß die Feldkulturen noch nicht einmal die Hälfte der gegenwärtigen Ernteerträge bringen würden, wenn sie nur auf diese eine Kohlensäurequelle angewiesen wären. Deutsche Forscher haben festgestellt, daß bis zu 90 vH des in der Ernte enthaltenen Kohlenstoffes aus dem Humusvorrat des Bodens stammen. Die Kohlensäure wandert direkt aus dem Boden in die Blätter, weshalb die Luft zwischen Boden und Blätterdach stets reicher an Kohlensäure ist als die höheren Luftschichten. Durch die Kohlensäureabgabe wird natürlich der Bodenhumus allmählich aufgezehrt. Ersetzt man den Humus nicht in ausreichenden Mengen, so verarmt der Boden, er wird ausgemergelt. Außer dem seit altersher bekannten Stalldünger steht uns für diesen Zweck seit einigen Jahren der nach dem Patent des Agrikultur-Chemikers Dr. Rippert aus Braunkohle hergestellte Humusdünger unter dem Namen „Humunit“ zur Verfügung, der den Stalldünger in vollem Umfange zu ersetzen vermag. Selbstverständlich erübrigt die Verwendung von „Humunit“ die Verwendung der Pflanzennährstoffe (Kali, Phosphorsäure, Kalk und Stickstoff) nicht. Er ist nur eines der Mittel, um reiche Ernten zu erzielen.

Elektromagnetische Zugsicherung

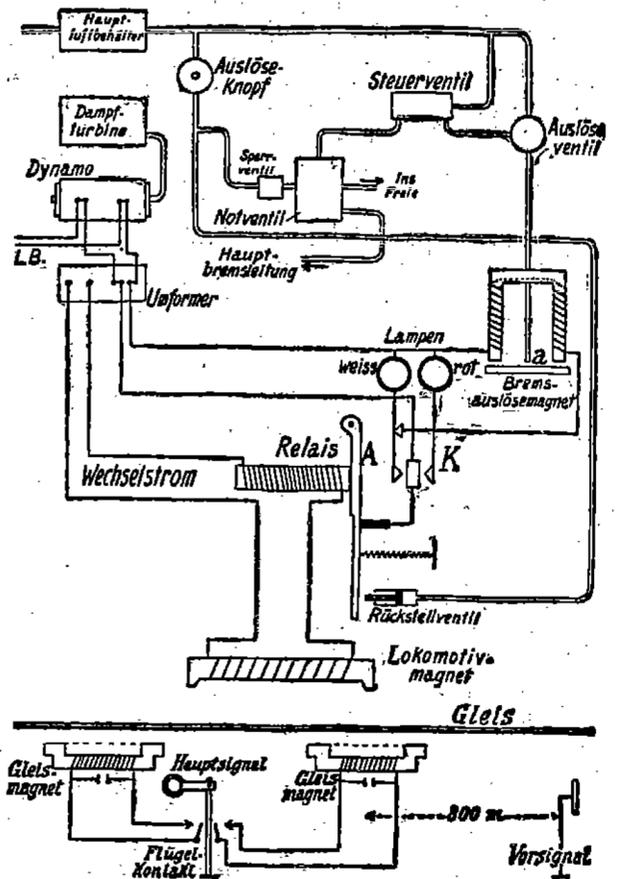
(Nachdruck verboten.)

Eisenbahnkatastrophen infolge falscher Signalisierung oder Überfahren eines geschlossenen Signals gaben Veranlassung, durch besondere automatische Einrichtungen die Unachtsamkeit des Streckenwärters oder des Zugführers auszuschalten oder auch bei Nacht und Nebel durch selbsttätige Apparate ein leichtes Erkennen der Streckensignalisierung zu ermöglichen. Von den hier in Anwendung gekommenen Systemen, nämlich der optisch-elektrischen Zugsicherung und der elektromagnetischen Methode soll letztere kurz beschrieben werden. Das elektromagnetische System beruht darauf, daß zwischen den auf der Strecke zwischen den Gleisen angebrachten Übertragungsorganen und dem Empfangsorgan auf dem fahrenden Zuge magnetische Felder gespannt werden, die in Tätigkeit treten, sobald ein auf „Halt“ stehendes Signal überfahren wird und die den Zug rechtzeitig zum Halten bringen. Hierzu sind auf der Strecke die sogenannten Gleismagnete untergebracht, der eine etwa 300 Meter hinter dem Vorsignal, der andere am Hauptsignal. Die Gleismagnete sind unwickelte Eisenkerne mit einem Kondensator; die Wicklungen sind mit dem Flügelkontakt des Hauptsignals gekoppelt und werden, je nach dessen Stellung, geöffnet oder geschlossen.

Die Anordnung der auf der Lokomotive untergebrachten Apparate und Schaltwege ist aus der Abbildung ersichtlich. Eine ständig laufende Dampfturbine treibt einen Dynamo, dessen

Gleichstrom die Lokomotivbeleuchtung (LB) und die Zugsicherungseinrichtungen speist. Weiterhin wird der Gleichstrom durch einen Umformer zum Teil in Wechselstrom umgewandelt, mit dem die Zugbeeinflussungseinrichtung betrieben wird. Der Wechselstrom durchfließt den Lokomotivmagnet und ein Relais, durch dessen Anker A verschiedene Kontakte K und zwei Signallampen (weiß und rot) und der Bremsauslösemagnet gesteuert werden.

Überfährt nun ein Zug den Gleismagnet, dessen Signal auf „Halt“ steht, so wird der Strom im Lokomotivmagnet derart geschwächt, daß das Relais seinen Anker freigibt. Dadurch erlischt die weiße Lampe und die rote leuchtet auf; es wird aber auch



den Strom zum Bremsauslösemagnet unterbrochen, so daß dieser seinen Anker a (der mit dem Auslöseventil in Verbindung steht) fallen läßt. Sobald das Auslöseventil nach Fallen des Ankers a geöffnet ist, kann die Druckluft auf dem Hauptluftbehälter über das Sperrventil in das Notventil treten. Dabei wird das Sperrventil betätigt, das den Kolben des Notventils festhält, so daß die Druckluft der durch den Zug gehenden Hauptbremsleitung jetzt ins Freie gelangen kann. Alle Bremsen werden auf diese Weise eingeschaltet und der Zug kommt zum Stehen.

Soll nach Freigabe der Strecke die Signaleinrichtung wieder in ihre frühere Stellung gebracht werden, so betätigt der Lokomotivführer den Auslöseknopf. Dann nimmt die Luft aus dem Hauptbehälter ihren Weg über den Auslöseknopf einerseits zum Sperrventil, das die Arretierung des Notventils auslöst und die Druckluft wieder in die Hauptbremsleitung treten läßt. Andererseits gelangt die Luft auch in das Rückstellventil, das den Anker a wieder gegen das Relais drückt. Die Folge davon ist, daß die rote Lampe erlischt und die weiße wieder aufleuchtet; auch der Bremsauslösemagnet wird nun wieder vom Strom durchflossen, er zieht seinen Anker a an und schließt das Auslöseventil. Damit ist die gesamte Einrichtung wieder in ihre Grundstellung zurückgekehrt.

Die gesamte Einrichtung ist so getroffen, daß der Zug nur dann fahren kann, wenn die Zugsicherung in Ordnung ist; im andern Fall werden alle Bremsen ausgelöst, die den Zug zum Halten bringen. Außerdem wird jedes Überfahren eines geschlossenen Signals auf einem Papierstreifen registriert, so daß jederzeit eine Kontrolle der Zug- oder Streckenbeamten möglich ist. Soweit die elektromagnetische Zugsicherung bisher auf einer Anzahl von Strecken eingebaut worden ist, hat sie sich als brauchbar und zuverlässig erwiesen.

Gasschutzmasken

Gasmasken finden in manchen gewerblichen und industriellen Betrieben sowie bei der Feuerwehr Verwendung; sie sind auch ein unerläßliches Gerät in jedem modernen Heer. Als im Weltkrieg überraschenderweise Kampfgase benutzt wurden, zeigte es sich, daß nicht nur Tausende als Opfer fielen, sondern auch die Moral ganzer Divisionen untergraben wurde. Nach dem Urteil der Militärs wird der zukünftige Krieg ein chemischer Krieg sein und sich allen Geboten der Menschlichkeit zum Trotz etwa so abspielen, daß wichtige Bevölkerungsmittelpunkte durch große Luftgeschwader mit Spreng- und Giftgasbomben belegt werden; deswegen ist in manchen Ländern auch die Frage eines ausreichenden Gasschutzes der Zivilbevölkerung sehr zeitgemäß geworden.

Im allgemeinen lassen sich zwei Arten von Schutzmasken unterscheiden, die sogenannten Filtergeräte und die Isoliergeräte. Bei ersteren ist die Einrichtung so getroffen, daß die vergiftete Luft durch Einsatzfilter hindurchgesaugt wird. Diese bestehen zweckmäßig aus feuchtem porösem Atzkalk oder Atzkali oder deren Lösungen, falls saure Giftgase, wie Blausäure, Phosgen usw. abzuwehren sind. Es erfolgt dann eine chemische Umsetzung der beiden Stoffe. Aber auch Holzkohle oder allerfeinste Tierblutkohle, sogenannte aktive Kohle, findet als Füllstoff Verwendung. Hier tritt keine chemische Bindung, sondern eine physikalische Adsorption, ein Festhalten der Gase oder Dämpfe an der Oberfläche der feinen Kohleteilchen ein. Bei den Isoliergeräten endlich wird gar keine Außenluft angesaugt, sondern im Innern der Maske oder der Haube mittels chemischer Mittel Sauerstoff erzeugt. Es sind die gleichen Stoffe, die auf U-Booten Verwendung fanden und, mit Wasser zusammengebracht, anhaltend Sauerstoffgas entwickeln, während die ausgeatmete Kohlensäure durch Natronlauge oder Kalkbrei aufgenommen wird. Zweifellos sind die Isoliergeräte überlegen, denn sie gewähren sicheren Schutz gegen jede Konzentration und gegen alle Gase, selbst gegen bisher noch unbekanntes Kampfgas. Ungelöst bleibt freilich immer noch die Frage des Schutzes gegen die hautreizenden Gase, wie zum Beispiel Lewisit, Yperit usw., die glücklicherweise selten tödlich wirken. Die große Schwierigkeit besteht bei allen Gasschutzmasken darin, sie genau zu verpassen und über längere Zeit hinaus in verwendungsfähigem Zustand zu erhalten.



Familie und Heim



Im August vor 15 Jahren

Was war doch im August des Jahres 1914 los? Sind es schon fünfzehn Jahre her, als ein gewisser Prinzip das österreichische Thronfolgerpaar ermordete?

Es war ein glühend heißer Tag in Mitteldeutschland, man mußte beide Hände schützend über die Augen legen, um Lesen zu können, was da um die Nachmittagszeit an die Anschlagfäulen gepappt wurde. „Das gibt Krieg“, sagten die Männer, als sie nach Hause kamen von der Arbeit, und sie hätten ernste Gesichter. „Es geht los“, schnarrten sich die Deutnants zu, und in den Kasinos soff man sich Stimmung an. „Schnell einbeden!“ Das war jetzt eine Vorbeugungsmaßnahme, die sorgsame Hausfrauen ohne Aufforderung im Eiltempo vornahmen: Eine kleine Speckseite kam hinter den Ofen. Unter das Sofa in der guten Stube wurden Binsen, Erbsen, Bohnen und Salz verstaubt — wer besinnt sich nicht? „Na, bis hierher werden sie nicht kommen! — Wer? Das mußte niemand. Aber es lag so in der Luft. Und die Luft war dicker als 1911. Die Soldaten sahen anders aus, ohne daß sich zunächst ihr Äußeres verändert hätte. Oder man betrachtete sie mit anderen Augen. Und öfter als sonst sah man sie durch die staubgefüllten Straßen marschieren, im gleichen Schritt, tad — tad — und die Musik, die Militärmusik, die hatte etwas Aufpeitschendes. Der Spießbürger sah in diesen letzten Juni- und den folgenden Julitagen ausnahmsweise nicht zuerst nach, wer gestorben war und wer sich etwa verlobt hatte — es war alles ein wenig anders. Aber konnte es denn wirklich so schlimm werden? Der Friedensstaifer besand sich auf der Nordlandreise, ließ sich von Ehefrauenfrauen hier und dort huldigen und sein Gegenstück vom 2. Juli war verfloren, jener „Gegenstück“, mit dem er sich so schön entschuldigte, damit er nicht an den Trauerfeierlichkeiten in Wien teilzunehmen brauchte, denn womöglich sah auch dort so ein Prinzip und lauernde ausgerechnet auf ihn.

In Deutschland streuten die Zeitungen inzwischen künstliche Ruhe aus. Ja, der König von Italien sagte seine Teilnahme an den Kaisermandatoren zu, ebenfalls Georg von England; es war also scheinbar alles in bester Ordnung. Aber unterm 20. Juli wird von Berlin berichtet, daß nach einem neuen Erlaß des Kriegsministers ... die Soldatenmishandlungen im Heere mit aller Schärfe zu bekämpfen seien ... Soldatenmishandlungen! Was es so etwas denn wirklich? War das nicht bloß so eine Säuerwür, von üblen Hezern verbreitet? Wie viele Soldatenmishandlungen haben sich da erst zusammenrechnen lassen müssen, ehe es zu einem Ministerialerlaß kam! Man hat es verstanden, so zu tun, als läge einem wirklich etwas am Wohl des „gemeinen Mannes“!

Unser großmächtigster Kaiser und Herr stand während dieser Zeit unerschütterlich und unverwundlich am blinden Steuer seiner Macht, und seine Zukunft segelte dabei ins Wasser. Wenn aber einer im Reichstag beim Kaiserhof sitzen blieb, dann konnte er noch am 24. Juli 1914 zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt werden (Alfred Söyals). Dann auf einmal wurden die Zeitungen wieder lebendig. Jetzt kam Schlag auf Schlag. Der zurückgekehrte Wilhelm zieht das Schwert, mit dem er bisher immer nur kräftig den Erboden geschuppt hatte — „Ich hoffe, daß ich das Schwert mit Gottes Hilfe so führen kann, daß ich es mit Ehren wieder in die Scheide stecken kann!“

Was nun kam, das läßt sich mit wenigen Worten kaum umreißen: persönliches Elend und allgemeiner Siegestaumel; Lügenberichte und grausig-wahre Verhältnisse; Kriegsfreiwillige und Landsturm; Deutschland, Deutschland über alles, ein großes, großes Trauerspiel, das Blut und der Tod aber war echt. Aller Patriotismus, aller Glaube an die „gerechte Sache“, alle Begeisterung diesseits und jenseits der Grenzen wurde zu Antreibemittel gemacht, die aus der mitteleuropäischen Kulturwelt alle Sklavensitten, alle Unmenschlichkeiten herauspeitschten. Die uniformierten Feinde und Freunde von damals, die sich zu Hunderttausenden freiwillig meldeten: fragt sie heute, wenn sie noch leben sollten und ehrlich geblieben sind, warum sie kamen? Weil sie sich nicht lumpen lassen durften, weil sie nicht anders konnten und als feige gelten, wenn sie sich drücken wollten. Dafür wurden dann Zufallsausprüche junger begeisteter Ledestandarten — denn was anderes waren sie alle nicht — in fetten Lettern in die Zeitungen gebracht. Im übrigen hatte die Presse zu schwachen Förderung des Generalstabs vom 10. August 1914. So ging das große Kaisermandat durch die Jahre. Es zog sich etwas länger hin als bis zum betrieblichen 18. August ...

Wenn man heute die Soldaten durch die Stadt marschieren, öffnen sich zwar nicht mehr wie vor 15 Jahren die Fenster und die Türen. Sie tragen ja auch nicht mehr das zweierlei Zeug, das sie so laut und furchenlos erscheinen ließ. Aber jedes Kind weiß, wo ein Soldat da ist: zum Krieg zu gehen! Wenn es eines Tages heftiger wird, dann wird der Soldat auf Befehl der Staatsgewalt Menschen schlachten, erschlagen, vergewaltigen, je nachdem. Und wer ist doch die Staatsgewalt? Das Volk! Ja, das Volk! Aber das Volk wird doch nicht — es wird doch nicht befehlen, daß die Feldgrauen an die Gewehre treten und Menschen werden? Warum sollten sie auf die Feldgrauen und Feldgrauen jenseits der Grenze losgehen? Wer greift was denn an? Nun, das werden wir ja sehen: Augen links, Augen rechts, Augen geschlossen!

Wie heißt denn das Volk von jenseits über diese „Grenze“? Die Franzosen, die Engländer, die Russen, alle die, die noch in der Dämon der Überpartei, der Staatsmilitärkammer und Staatsräuber, der Verwirrer und Daffertungsgeheimnisse als „Feinde“ herausspucken, die denken über den Krieg genau so wie wir. Die Protesten von drüber wissen wir wir, daß es uns eine Zeit lang geht, das Unschicklich an Rechte getragen werden soll, wenn es so weit ist! Und wie leicht läßt es sich „so weit“ bringen! Jeder hat doch hin und wieder einmal eine Zeitung der Partei gelesen durch eine Schmeißel oder ein Redenbuch oder ein Erklärungsstück. Wir werden doch planmäßig dazu erregt, zu denken, daß es eines Tages losgehen wird.

Vergleichen wir nun aber unsere Nachrichten von heute mit denen von damals. Da können wir das gleiche Gift entdecken. Tropfen aus Tropfen mischt aus den Spalten und man hofft, daß man eines Tages die nötige Kriegsbekämpfung durchzuführen kann! Wehrt sich gegen diese Erbsen, Bohnen, legt sie sich nicht einfallen, glaubt nicht dem Schwarzweißrot der politischen Schmeißel, hinter dem das Großkapital steht, das

sein Gas und sein Pulver an den Mann bringen will! Wehrt sich schon heute und denkt nicht: Das hat noch Zeit! Die Staatsgewalt geht vom Volke aus, von den Männern und von den Frauen! Es hat mir neulich eine Frau gesagt: Wenn vor 15 Jahren die Frauen schon hätten mitbestimmen können, dann hätten wir keinen Krieg bekommen. Ob das wahr gewesen wäre? Fünfzehn Jahre haben die Frauen Zeit gehabt zum Nachdenken. Gaben sie gelernt, was sie für eine Macht in Händen haben, wenn sie nur wollen? Welche Frau aber wollte den Krieg?

Bilanz des Weltkrieges

Ueber die Stätten, die gierig Menschenblut tranken, ging sinnend mit stumpfer Sense der Tod. Wem hab' ich, so sprach er, die graulige Erde zu danken? Die Erde des Infans, der weltzerstreuenden Not? ... Er fand keine Antwort, keine Erklärung der Menschenverblendung. Ihm, der kein Mitleid kennt, trat ins Auge die Kräne der Qual Ob solcher vom Bruder dem Bruder bereiteten Schändung. Die dem Bruder graufam den Bruder zu morden betahl.

Und Antwort scholl aus dem Reigen der Geister! An ihrem Unglück sind selber die Menschen schuld. Denn den Kommisskopp ehren sie als ihren Herrn und Meister Und lecken seinen Stiefel noch mit Schalsgeduld. Des freien Menschen Vaterland kennt keine Grenzen, Sein Vaterland, sein Acker ist die ganze Welt! Ein Held, um dessen Stern die freien Sterne glänzen. Ist nur der Mensch, der im Dienst der Menschheit fällt! ...

Aber die Opfer des Krieges fielen für eine Schimäre. Fielen als Opfer der Lüge, der Heize, von oben geschürt. Auf's Mordfeld trieb sie die Ruhmlucht, der falsche Begriff der Ehre. Cried sie voran, wie man einen Hammel zum Schlachthaus führt. Millionen von Krüppeln und Siechen wart dies Übertreten. In die Gassen des Mitleids, in die sich das Elend versteckt. Der Dank des Vaterlandes blieb nur ein halbes Versprechen. Kann das man sein Elend verdeckt.

An der Krippe des Staates dagegen Etappenbildern mit raffender Hand. Sie segnen sich doppelt mit doppeltem Segen Und doppelt dankt ihnen das Vaterland. Wenn aber die Opfer besseren Dank Vergleichen verlangen. Dreht man ihr Recht in Watte und Mull Und meldet dann amlich: Zur Reule empfangen Sie einen Zuschuß von 0,0!

Im Westen nichts Neues

Die allerjüngste Zeit hat verschiedene Bücher gebracht, die die Höllequalen zeigen, die an der großen Menschenschlächtereit teilzunehmen gezwungen waren, einträchtig sich überlassen. Das wirkungsvollste ist wohl das von E. R. Remarque „Im Westen nichts Neues“ (Propyläen-Verlag, Berlin), das schon eine Auflage von einer halben Million erreicht hat. Es ist dies das Tagebuch des Infanteristen Paul Bäumer. Von seinen Erlebnissen lassen wir hier einige Sätze folgen.

Die Kaiserin

Paul Bäumer ist Student beim Kriegsausbruch. Seine Lehrer wollten so viel von der Selbstaufopferung der Zeit, von jüdischer Pflicht, von Ruh, Ehre und Tapferkeit zu erzählen, daß die ganze Schulklasse davon gebrannt wurde, sich freiwillig zu melden. Das Selbstenleben begann auf dem Kaiserhof, dem Hofstift der preussischen Kaiserin:

Ein alter Bekannter, der Adjutant, er heißt Corporal Himmelstoss, begrüßt mich, richtet mich ab. Erwa so: „Ich habe an einem Morgen hiergelandet sein Welt gehabt. Immer wieder fand er daran etwas auszufragen und ich es herunter. Ich habe in unwissenschaftlicher Arbeit — mit Panzen natürlich — ein Paar uralt, steinharte Stiefel so butterweich geschmiedet, daß selbst Himmelstoss nichts daran auszufragen fand; ich habe auf seinen Befehl die Corporal-Inspektur mit einer Zahnbürste sauber geputzt; Knopp und ich haben uns mit einer Handbürste vom einem Regement an den Hofstrag gemacht, den Kaiserhof vom Säuer fernzuführen; ich habe mit vollem Gepäc und Gewehr auf losen näppem Stützger „Sprung auf, marsch, marsch!“ und „Hingegen!“ geübt, bis ich ein Dreieckchen war und zusammenbrach; ich bin nachts um 2 Uhr nochmal im Hund vom obersten Stod der Kaiserin heruntergerannt bis auf den Hof, weil meine Unterhose einen Reiter über den Rand des Schwemels herausragte, auf dem jeder seine Sachen anstößigen mußte ...

Wir wurden zehn Wochen militärisch ausgebildet und in dieser Zeit entzückender ungeschaltet als in zehn Jahren Schulzeit. Wir lernten, daß ein gepulvert Knopf wichtiger ist als vier Bände Sophocles ...

Auf Vorposten im Graben

Schlieflich ist diese Ausbildung zum Helben vorbei. Der Infanterist Bäumer zieht mit seinen Kameraden an die Front. Unter ihnen ein prüflicher Kerl namens Katerbach, der immer behauptet ist, den zum Geschichtsbuch herbeizuschaffen Kameraden das Ras zu erleichtern. Bäumer ist auf Vorposten. Ein Reichenfeld hat dem Absicht. Die Verwundeten, die nicht sehr weit liegen, können wir meistens holen. Manche aber müssen lange liegen und wir können sie herbei. Einen haben wir bereits zwei Tage hindurch. Er muß auf dem Bauch liegen und sich nicht rühren können. Nächst ist es nicht zu erklären, daß wir ihn nicht finden; denn nur wenn man mit dem Knabe dicht auf dem Boden kriecht, ist die Möglichkeit so kleiner festzustellen ... Hat — Sankinisch — meint er hätte entweder eine Bedienungsmannschaft oder einen Wirtelschlepper ...

Alles Enden nach ihm ist bergab. Man hört ihn nur röcheln. „Marsch!“ wird er heiser ... habe ich deutlich zu verstehen, was er sagt. Bäumer hat er immer nur um Hilfe geschrien ... in der zweiten Nacht muß er etwas Fieber haben, er spricht mit seiner Frau und seiner Kindern ... heute meint er nur noch, abends erlöst die Stimme an einem Krüppeln ... Morgens, als wir schon gantien, er habe langsam Ruhe, bringt noch einmal ein ganzelndes Niefeln hervor ...

Die Tage sind heiß und die Nalen liegen unbearbeitet ... Kampan treiben die Krüppel auf wie Watte. Sie sitzen, rülpsen und bewegen sich. Das Gas rannet in ihnen ... Gelbentod für Gott, Kaiser und Reich!

Im Nachkampf

„Zum Stürmen“, erzählt der Frontsoldat Bäumer, „ist es jetzt manchmal Mode, nur mit Handgranaten und Spaten vorzugehen. Der gefährteste Spaten ist eine leichtere und vielseitigere Waffe, man kann ihn nicht nur unter das Rinn stoßen, sondern vor allem damit schlagen, das hat größere Wucht; besonders wenn man zwischen Schulter und Hals trifft, spaltet man leicht bis zur Brust durch. Das Seitengewehr bleibt beim Stich oft stecken, dann muß man erst dem andern gegen den Bauch treten, um es loszutreiben. Dabei bricht es noch außerdem manchmal ab.“ — Neben mir wird einem Gefreiten der Kopf abgerissen. Er läuft noch einige Schritte, während ihm das Blut wie ein Springbrunnen aus dem Gasse schießt.“

Der gegnerische Graben wird erreicht. „Gai!“ — ein Kamerad Baumers — stößt einen riesigen Franzosen den Spaten in den Hals und wirft eine Handgranate ... die Erde zuckt, es kracht, dampft und stöhnt, wir stolpern über glühende Metallstücke; über weiche Körper, ich falle in einen gerissenen Bauch, auf dem ein neues, sauberes Offiziersstapli liegt ...

Dann kommt der Befehl: Zurück in die eigenen Gräber! In diesem Tage meldete der Generalstabsbericht: „Im Westen nichts Neues!“ ...

Auf Urlaub

Und dann ist der Frontsoldat Bäumer auf Urlaub. Er geht zum Bezirkskommando sich melden. Auf der Straße knurrt ihn auf einmal ein Major an: „Können Sie nicht grüßen?“ Bäumer sammelt eine Entschuldigung. Darauf der Major: „Das könnte Ihnen wohl so passen, hier Frontsitzen einzuführen. Das gibt's nicht, hier herrscht, Gott sei Dank, Ordnung. Zwanzig Schritte zurück, marsch, marsch!“ Und der Frontsoldat Bäumer muß vor ihm befehlen ...

„Uns treibt nicht Eroberungslust“

Bei Kriegsbeginn beteuerte bekanntlich Wilhelm II., daß „uns“ nicht Eroberungslust treibe. (Wer mit dem „uns“ gemeint sein kann, soll jetzt auf sich beruhen.) Und vor einiger Zeit ließ der Reichspräsident v. Hindenburg verlautbaren, daß wir mit „reinen Händen in den Krieg“ gegangen seien. Mit diesen Behauptungen füllen die nationalistischen Verbände ihre Schriften und Reden, um denen, die nicht alle werden, zu zeigen, wie unschuldig das kaiserliche Deutschland am Kriege gewesen sei und wie infam wir nun vom „Feindbund“ behandelt würden. Für die Art, wie das geschieht, nur ein Beispiel. In einem Aufsatz der „Waffenringe“, den die „Deutsche Zeitung“ bringt, heißt es:

„Unser allerbester Herr Reichspräsident, unser bestes militärisches Vorbild, hat im Jahre 1927 auf dem Schlachtfeld von Lannenberg vor aller Welt verkündet, daß Deutschland mit reinem Herzen zu der Verteidigung des Vaterlandes in den Krieg gezogen ist. Die Kriegszustände war damit in würdiger Weise wiederholt kein weiterer Regierungsschritt ist den bedeutungsvollen Worten gefolgt. Wir leben weiter und bleiben entehrt!“

Wir wollten, die Geschichte von den „reinen Händen“ und „uns treibt nicht Eroberungslust“ wäre wahr, dem deutschen Volke wäre dann viel Unheil erspart geblieben und unsere Kinder- und Kindes- Kinder hätten nicht auch noch an der ungeheuren Reparationslast schleppen müssen. Leider ist die Geschichte nicht wahr. Die Sieger des Weltkrieges haben in dem Versailles Vertrag nur das nach gemacht, was ihnen die Kaiserlichen in dem Vertrag von Bukarest und Brest-Litowsk vorgemacht haben; sie haben am deutschen Volke das verwirklicht, was der kaiserliche Minister Selferich ihnen antun wollte, nämlich ihnen die Weltlast der Kriegsentwöhnung anhängen.

Kriecht es nun wirklich zu, daß „uns nicht Eroberungslust“ getrieben hat und daß wir mit „reinen Händen“ in den Krieg gegangen sind? Um dies zu beweisen, seien ein paar Sätze aus Verlautbarungen maßgebender Persönlichkeiten der wilhelminischen Zeit wiedergegeben.

Deutschlands Weltberufung ist das einzige Ziel, das uns beschwebt, alles andere ist uns gleichgültig ... Wir gehen zum Krieg, weil wir glauben, daß wir ihn nicht nur beginnen müssen, sondern auch gewinnen müssen.“ (Edmund Weber in der Schrift „Krieg und Frieden mit England?“ 1918.)

„Belgien muß ... militär- und politisch, sowie hinsichtlich des Kanals, Bank- und Postwesens der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt werden.“ (Die 6 Spitzenverbände, a. a. O., Mai 1918.)

„Belgien muß aufhören zu bestehen, sein König werde des Thrones entsetzt, das ganze Land bleibt kraft des Rechtes der Eroberung deutsch.“

„Frankreich wird die Vergeltung schwer treffen müssen. Wir müssen uns unserer militärischen Sicherheit willen unbedingt französische Gebiete erwerben. Er wird aber, nach wie vor von Franzosen bewohnt, für seinen Zweck nicht tauglich sein. Dann bleibt nichts anderes übrig, als ihn dadurch tauglich zu machen, daß wir das Land ohne Bewohner erwerben, das heißt im Friedensvertrage mit Frankreich wäre auszumachen, daß dieses die Bewohner der abgetretenen Landstriche in sein Verbleibendes Gebiet übernimmt.“ (Justizrat Claß, Vorsthender des Alldeutschen Verbandes, in „Zum deutschen Frieden“, Sommer 1917.)

„Angliederung der jetzt belgischen Landestteile, so daß sie, bei selbständiger innerer Verwaltung, militärisch und wirtschaftlich unter deutscher Gewalt bleiben ...“ (Graf Roon, a. a. O., Juni 1918.)

„Das lothringische Erzbecken verlangt einen Gebietszuwachs nach Westen. Je größer er ist, desto leichter wird die Eroberung ... Auch in den zu erwerbenden Gebietsstreifen liegen Gruben. Zunächst würde dieser Zuwachs gestatten, im Frieden parfümer mit unseren Erzen umzugehen ... Am so bringender ist die Unversehrtheit des nieder-rheinisch-westfälischen Gebiets. Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwärts bis St. Bitts fest in der Hand behalten. Bisher sehe ich nur in der Einverleibung durch das Deutsche Reich das Mittel, dies zu erreichen ...

Der Befehl der Maaslinie allein genügt nicht, um dem Inhabergebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Das kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angegeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns findet. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck — längere Okkupation — und ohne Bestreben der belgischen Regierung nicht ins Werk zu setzen sein ...

Der Anschluß Belgiens an Deutschland wird zur Folge haben, daß bei einer klar ihr Ziel verfolgenden Politik Gebiete an uns gezogen wird, zumal wenn sein Kolonialbesitz durch ein mit uns verbündetes Japan garantiert wird. Damit kommen wir wieder an die England gegenüberliegende Festlandstränge und verwandten das Ziel, das die Marine schon jetzt in richtiger Erkenntnis seiner Bedeutung anstrebt ...

Dierzu gehören außer Rußland überseeische Absichtgebiete in Südamerika, ein Kolonialreich in Afrika und Ostindien sowie Inseln in der Nordsee und im Mittelmeer.

Daß ein durch günstige Handelsverträge eng mit uns verbundenes Danemark unsere maritime Geltung und unsere Handelsfreiheit stark erhöhen würde, sei nur gestreift.“ (Denkschrift Ludendorffs an den Reichskanzler, 14. September 1917.)

An die Toten des Weltkrieges

Wacht auf ihr Toten, die ihr liegt auf Frankreichs Feldern,
Ihr, die ihr starbt in Russland und in Polen's Sämpfen,
In Flandern's Sand und in Armenien;
Ihr, die ihr auf dem Grund der Meere ruht:
Wacht auf, wacht auf!

Sucht sie zusammen, die zerstreuten Glieder, zerschossen,
bleich, entwarmt,
und tretet an!

Um eure Kinder geht's, um eure Weiber,
Um eure Brüder, uns, die wir euch folgen sollen:
Wacht auf und hört!

Es lebt ein Volk, das droht euch zu vergessen
und diesen Krieg, der noch in unsern Gliedern lebt,
und lechzt nach neuem Krieg.

Der die Vernichtung weiterführt,
die er nicht ganz beenden konnte,
weil euer Blut zu früh im Sand verrann,

und eure Weiber nicht mehr hungern wollten,
da ihnen schon der Tod im Nacken saß.

Das alles hat man heute schon vergessen,
Millionen sind's, die hungrig an der Werkbank stehn
und in Gedanken mit dem Kriege spielen,
weil sie den Feind am falschen Ort sehn.

Drum Tote auf, ihr seid genug, um neben jedem,
der euch vergaß in friedlichem Gewerk,
nun einen Mann zu stellen.
Stoßt in den Nacken sie, wenn sie an Kriege denken,
wird fällt in ihre Träume ein, so wie vom Schlachtfeld ihr erstandet!

Mit klapperndem Gebirn, entstelltem Gesicht.
Und laßt sie eure letzten Schreie hören
in jeder Nacht, daß sie nicht schlafen können,
bis auch der letzte auf den Knien liegt vor euch
und schwört, daß er euch nie vergessen will,
und nimmermehr zur Waffe greifen,
die seinem Bruder Mord entgegenschreit.

Denn wir sind alle Brüder, alle, alle,
Ob wir in welscher oder deutscher Zunge reden,
Und nicht der Mord des eigenen Blutes ist's, der uns betrifft.
Rein, tausend rein, er ist es nicht!

Das Leben ist's, der Tod geweiht,
die jeden Menschen heilig spricht,
Und alle Not ist ausgelöscht auf Erden,
wenn wir uns nicht mehr hassen werden.

Erich Kästner

Er hätte sich in der großen Berge oder über die nahe
niederländische Grenze, die so viele deutsche Fahnenflüchtige
trug, geladener Drahtausens heil passiert, in Sicherheit
bringen können.

Aber er wollte seine Tat büßen und stellte sich freiwillig dem
Kriegsgericht seiner Division. Das sprach ihn des im Affekt
begangenen Totschlags schuldig und verurteilte ihn zu lebenslanglichem
Zuchthaus.

Dem zuständigen Gerichtsherrn erschien dieser fürchterliche
Spruch jedoch noch viel zu milde, denn er wollte gemäß dem
berühmtesten Bibelwort „Auge um Auge und Zahn um Zahn“ ein
Ereignis haben, das auf Tod lautete. Aber diesen Gefallen tat ihm
erst das dritte Feldkriegsgericht, vor dem der Feldwebel dank des
zweimaligen Nichtbestehens des Urteils erscheinen mußte.

Kagball und windig dümmerte der 3. Januar 1918 herauf. Da
wurde der in der Maienblüte seiner Jahre stehende und ehemals
immer so lebenslustige Saarländer aus dem feinen Hause an der
Nieuwen Wandelung zu Gent herausgeführt, um den schwarzen
Todesstarren zu befeigen, der ihn nach den städtischen Schießständen
brachte.

Der Unteroffizier, dem das düstere Gefängnis unterstand, und
der Clappenpfeifer Schönborn und zwei Feldwebeln begleiteten
den armen Teufel, der bis zum letzten Augenblick glaubte, daß das
von seinem alten und so patriotisch gesinnten Vater an den Kaiser
gerichtete Gnabengefuch Erfolg haben würde.

Aber Wilhelm II., der dem belgischen Spionageschef Graf Joseph
de Gemptinne das nach den Kriegsgefahren zu Recht verurteilte Leben
schenkte und ihn noch obendrein dem Zuchthaus entließ, lehnte es
ab, im Falle des zu Unrecht zum Tode verurteilten deutschen
Feldwebels Milde walten zu lassen.

Dem Berliner Rechtsanwältin und Notar Richter, der damals als
Hauptmann der Reserve stellvertretender Kriegsgerichtsrat der
Clappenkommandantur Gent war und auf dem Hinrichtungsplatz
noch einmal das Urteil zu verlesen hatte, lag es ob, dem Delin-
quenten die abschlägige Bescheidung des Gnabengefuchs bekannt-
zugeben.

Als Niederländer diese einzige Hoffnung geschwunden sah, suchte
er einen Augenblick schmerzlich beruhigt zusammen. Aber er sagte sich
rasch und zeigte sich wieder als tapferer Frontsoldat, der dem Tode
schon viel tausendmal kaltblütig ins Auge blickte.

Eine Kompanie des Landsturminfanterie-Ersatzbataillons II
Gent stand in einem gegen ihn offenen Felder aufmarschiert, und
in dessen Mitte harrten die zwölf freiwilligen Schützen auf das Kom-
mando: „Legt an! Feuer!“

Aber ehe er sich an den weißen Pfahl binden ließ, drehte er sich
im Kreise herum und winkte allen freundlich zu, und dann rief er
mit lauter und fester Stimme: „Lebt wohl, Kameraden!“ Und wie
er schon angeschrien war, da erklangen noch nicht minder kräftig
seine letzten Worte: „Zielt gut!“

Die Salve trachte und der nur schlecht Getroffene sank langsam
vornüber, den gelben Sand mit seinem warmen Blute färbend.

Er rächelte noch sechshalb Minuten ganz schauerlich, und erst
dann war er tot, wie es der Kommandierende General der
39. Infanteriedivision im Interesse der straffen preußischen Mannes-
ucht und um den Preis eines regelrechten Justizmordes verlangte.
G e i n r i c h W a n b t.

Der Dank ist euch gewiß!

Ein Weinstock für Bahlungsfläche. Gedämpftes Licht, teppich-
belegter Boden, ringum Schlemmerlauben. Über allen ein Dunst
von Parfüm und Zigarettenqualm. Geschäftig eilen die Kellner
durch den Raum.

Am Klavier sitzt ein kleines, dunkelhaariges Mädchen; sie be-
gleitet einen blinden Geiger, der sich tastend mit seinen Fingern
den sicheren Akkorden des Mädchens anpaßt. Mit Singabe spielen beide,
doch berlingt ihre Musik ungewürdigt in dieser freudigen und
laulichen Umgebung.

Aber der Wirt treibt die Musikspieler an. Los! Mehr Stim-
mung! Barcarole, Carmen! Lebhaf!

Die Spieler wissen Bescheid. Ein gutes Essen und der Wein
hat Mut und Kraft erzeugt. Der Toretomatsch ist fällig. Kräftig
schlägt das Mädchen in die Tasten, der Geiger hält Takt, bis die
„Gefahren draun...“, dann springt der Bogen hastend in den Ak-
korden. Was schadet es? Die Weinigen in ihren verhängten
Lauben sind aufreißend, wenn sie „Auf in den Kampf...“ mit kraft-
geschwelter Brust und starrer Stimme gröhlen können.

Wein schafft auch Patriotismus. Man verlangt Vaterlands-
lieder. Die Spieler wissen, was zu borgespielter Stunde in Wein-
studien geboten werden muß. „Stimmt an mit hellem, hohen Klang“
wird angeflimmert, nicht schön, aber sehr laut.

Sel Musik! Ein Ged schreit aus seiner Laube. Was marziges.
Siegreich woll'n mer... oder so... woll'n mer!

Die Spieler müssen. Mechanisch spielt das Mädchen, die Ge-
danken fliegen dabei zurück in die Kindheit, hin in das kleine
Städtchen an der französischen Grenze. 1914, sie war gerade zehn
Jahre alt, als der Vater, ein kleiner Grenzbeamter, nach Straburg
außte. Auch die Mutter mußte mit den drei Kindern aus dem
Heimathaus; man brachte sie nach dem Baischen. Bald fiel der
Vater, auch der Bruder legten sie mit militärischen Ehren zum
Vater. Sie waren „fürs Vaterland“ gefallen. Darüber starb die
Mutter aus Gram und Sorge. Sie und die Schwester kamen unter
fremde Leute. Da war es kalt und lieblos. Man tat wohl mancher
für die Kriegerwitwen, aber nur solange sich die bessere Gesellschaft
mit der Wohlthäterin drücken konnte, dann war es aus und nur die
dürftige Rente blieb. Jetzt ist auch die nicht mehr, da sie längst voll-
jährig ist. Die Schwester heiratete nicht sonderlich gut, immerhin hat
sie eine neue Heimat gefunden. Nur sie steht mutterfein allein.

Ein Schuft betrog sie, noch um Jugend und guten Kameran. Jetzt hat
sie in dem blinden Geiger einen Freund gefunden, der sie wenigstens
mit Achtung und Liebe umgibt. Gemeinsam verdienen sie ein lüch-
tiges Brot. Ihr Kriegesopfer hat man längst vergessen.

Das verführte lüchlige Kriegeslied rief wieder die alten Wunden
auf. Tränen rollten ihr über die Wangen.

Unschwer spielte der Geiger. Ihn quälte die besoffene Kriegs-
begeisterung die Seele aus dem Leib. Im Kopfe wirrten die Ge-
danken, wieder sah er die Granate einschlagen, er fühlte den Druck
den Sand und die Splitter, die ihn geblendeten. Der Jammer drängte
sich in sein Bewußtsein, die zerrissenen Herzen schmerzten, ein An-
fall schüttelte ihn; er mußte die Geige aus den zitternden Händen
legen, kraftlos sank er auf seinen Stuhl.

Tapfer spielte das Mädchen die schmälige Melodie zu Ende,
bieweil es aus allen Schlemmerlauben kreischte... und sterben als
ein Da-a-a-Bl!

Schon wieder ein Anfall, fauchte der Wirt, das geht aber bald
nicht mehr, in meinem Lokal brauche ich eine volle Musik. Aber,
fügte er plötzlich gönnerhaft hinzu, er mag sich ja ein bißchen auf
die Kritik im Vorraum legen. Es ist ja schon 1 Uhr. Sie können
dem Herrn in der Laube S etwas Gesellschaft leisten, er scheint Geld
zu haben, denn er hat schon Sekt bestellt. Da können Sie sich noch
was verdienen.

Das Mädchen wehrte ab.
„Was, Sie wollen nicht, haben es auch nicht nötig? Noch groß-
fressig sind die Hungerleider. Sie können ja ganz gehen, zum Spielen
sind Ihr Paß doch nichts nütze.“

Sie aber ging mit dem blinden Geiger in die Nacht. Ein
nächsten Tage wird sie kein Brot mehr haben.

Sommernacht über einem Hofen.

Das blitz und tracht und donnert vom dunklen Nachthimmel
und greller Schein gndt gewaltig und drängend in die von nützlichem
Schaffen erregten und kraftfrohen grollenden Eisenanstruk-
tionen und granen Dünste der großen Werke, die den mächtigen
Hofen umfassen. In Gewittertürmen und jäheren, düsternen
Regenwolken ballen sich Energien unbekanntem Ausmaßes über die
(Werl.) Stätten gebannter Gewalten und kultivierter Möglichkeiten.

Wie ein ergreifender Film, reißt sich blühend — unfassbar in seiner
von Arbeitmenschen geschaffenen Größe und Vielgestaltigkeit. Bild
an Bild. Röhrende Betonbauten tauchen auf, lassen erschauern, sind
nützliche Gestalte, Qualm- und Rauchschwaden färben sich grün-
gelb. Schornsteine, Schächtergrüste sind kumpf und schwarze Gestal-
tungskraft und Wille, Entsetzen, Wurzeln und Lebensfreude, Sorge,
Tod und Luft steigern sich hier ins Ungeahnte, sind ehern Symbole
von Zeit, Mensch und Landschaft.

Und alles verfangt sich im plötzlichen Nicht. Persten und
Flammen, greß und ohne Ende, speit das finstere Wolfengehängte
des Himmels. Tief, süßlich fast, drohen die Wollen. Die Umrisse
der Hochhäuser glängen im niederprasselnden Regen auf. Lokomo-
tiven schieben beladene Waggons; rangieren sie zu Güterzügen.
Bergwerke, Gerüste und Fabriken, kranke Bäume, Wohn- und Büro-
häuser erscheinen im Licht neuer Mitte tiefer gebudt wieder. Und
inmitten der Hochöfen. Die Werkleute aber, ist gewiß, stehen auf-
recht da, schaffen, ungeachtet dieses Naturereignisses. Sie sind dabei,
Naturkräfte in noch größerem Umfange Menschen dienlichbar zu
machen. Das gibt ihnen Rüdgrat.

Es ist, als haben die Elemente sich gegen dies Menschenwert
verschworen, gegen diesen Hochöfen — in der Mitte eines düsternen
Gesenges von Werken, Häusern und Fabriken. Die regenrauten
Wollen umdrängen ihn hart. Feucht-dampf ist die Luft. Schweiß-
perlend die Hitze am Hochöfen. Wind loben entseffelte Energien.
Regen flutet unaufhörlich. Elektrizität und Elektrizität schleudert sich
brüllend zur Erde. Noch ist der Blitz frei. Noch wird er erst verjuch-
weise eingefangen, ehe er sich selbst recht zu entladen vermag.

Die Männer am Hochöfen schreien schürfend, aber fest. Das
rueste Feuer dröhnt und gurgelt gefährlich, will Rols und Erg.
Schmelzenhände greifen zu — es öffnet sich sein schreierender Schlund
und ungeheuerlich quillt roter Schein hinaus, weit hinaus in die
Nacht, färbt rot das Sturmzeitaler und ungefühlte Drängen der
Wollen. Malt schredlich rote Gesähen weißlich. Steile Schöte ver-
lieren sich in diesem herberbenbollen Regen, der trotz allem eine
Labung ist für alles. Ganz nahe der Erde, dem Hochöfen, drängen
unwiderstehlich neue graue Wollenmassen in den roten Schein und
reden sich zu fürchterlicherem Spiel. Westwind schürt ihren Born,
ihren Übermut. Und doch reden die Eisenkonstruktionen, Beton-
bauten, Fördergerüste und Hochhäuser sich gleich unagößbaren Armen
zu diesem Himmel auf, verlangend nach seinen unfassbaren Gewalten.

Langsam dämpft der rote Schein. Der Hochöfen ist gestillt. Und
als er ganz fest geschlossen ist und alles wieder im Dunkel liegt,
hat es zu blühen und donnern aufgehört und nur der Regen strömt.
Und strömt...

Peter Pulrow.

Spieler, zählt!

Der Staatsauschuss und der Beirat der Preussisch-Süddeutschen
Klassenlotterie wandeln jetzt auch auf dem Reformwege. Genannte
Körperschaften haben eine Entscheidung gefasst, die für die Spieler
von erheblicher Bedeutung ist. Die „Reform“ besteht in einer Er-
höhung des Lospreises von 120 auf 200 M für das Los. Diese Er-
höhung soll mit Beginn der 34. Lotterie in Kraft treten.

Bei der in Aussicht genommenen Lospreishöhung soll die
Gesamtzahl der Lose, die jetzt 800 000 Stück beträgt, unverändert
bleiben. Demnach würden also bei einem vollen Absatz der Lose
Bruttoeinnahmen in Höhe von 160 Millionen Mark zu verzeichnen
sein gegen bisher 98 Millionen Mark. Ob auch eine „Reform“ in
Hinrichtung einer Vermehrung der Gewinnaussichten geplant ist, wird
nicht gesagt.

Nicht ohne Reiz ist in diesem Zusammenhang der letzte Bericht
des Reichsrechnungshofes, der die öffentliche Aufmerksamkeit wieder
einmal auf das wachsende Zugunsbedürfnis der höheren Beamten-
schaft richtet. Es sind in diesem Bericht eine ganze Anzahl Mängel
wegen beschwerlicher Ausgaben für die Einrichtung von Bot-
schaftsgebäuden und dergleichen ausgesprochen worden. Auch im
Reichslag wurde die Regierung aufgefordert, diesen stets kostspieliger
werdenden Vertretungspflichten tatkräftiger als bisher entgegen-
zutreten.

Ein neues Beispiel dafür, wie in diesen Kreisen das von allen
Seiten geforderte „Sparen“ befolgt wird, brachte vor kurzem eine
berliner Morgenzeitung aus dem Bereich der preussischen Verwal-
tung. Nach diesem Bericht ist ohne ordnungsmäßige Bewilligung
dem Leiter der Preussischen Staatslotterie aus öffentlichen Mitteln
eine Villa gekauft worden! Die Preussische Staatslotterie wurde
früher nebenamtlich von einem Ministerialrat des Finanzamtes
betrieben. Das dies bei völlig gleichgebliebenen Aufgaben nicht mehr
genügte, beweist die Tatsache, daß vor einigen Jahren ein besonderer
eigener „Präsident“ für die Staatslotterie bestellt wurde. Vor
einigen Wochen hat nun die Staatslotterie ihrem „Präsidenten“ noch
eine Villa in Schlachtensee bei Berlin zum Preise von 150 000 M
gekauft! Der „Herr Präsident“ zog aus seiner 8-Zimmerwohnung
aus und wohnt jetzt in ein 14-Zimmeriges Haus. An Preise entrichtet
er monatlich ganze — 250 M! Nicht nur den Kaufpreis, sondern
auch die laufenden Kosten der Villa trägt nicht der „Präsident“,
sondern die Staatslotterie.

Eine besondere Note erhält der Vorgang dadurch, daß der Ver-
waltungsrat der Staatslotterie, der aus sieben Abgeordneten des
Preussischen Landtags besteht, von dem Willenlauf für den „Präsi-
denten“ nichts weiß. Ebenfalls weiß er, aus welchen Mitteln die
Summe von 150 000 M für den Willenlauf entnommen wurde. An-
geblieh handelt es sich um Geld aus „Aberschüssen“.

Die Staatslotterie hat den Zweck, Überschüsse für den Staat
aus den Taschen der Spieler herauszuholen. Wenn also der Willen-
lauf für den „Präsidenten“ aus „Aberschüssen“ bezahlt wurde, so
sind es demnach öffentliche Gelder, die ohne Kontrolle so verwendet
wurden und werden. Für die Spieler ist es nicht ohne Reiz; wenig-
stens zu wissen, was mit den aus ihren Taschen entnommenen
„Aberschüssen“ geschieht. Darum: Spieler, zählt! R. G.

Kampf der Schuldliteratur

Zu den Feinden der aufstrebenden Arbeiterklasse, vor allem der
Arbeiterjugend, gehört das schlechte Buch. Es gibt Schriften, die
wie die 10- bis 20-Pfennig-Schmölzer, sofort als Schuldliteratur
erkannt werden. Aber es kommen zu unseren Kindern zahlreiche
Bücher mit schmudem Einband, schöner Ausstattung und sind doch
Gift für die Seele, weil sie verführen, das Arbeiterkind im bürger-
lichen oder gar nationalstischen Sinne zu beeinflussen und der Ar-
beiterklasse zu entfremden. Märchen werden verfälscht, unter harm-
losen Titeln verbirgt sich schamlose Tendenz, in sentimentalen Wen-
dungen wird falsche Moral gepredigt.

Da fällt es schon dem Eingeweihten schwer, die für das ihm
amertreute Kind geeignete Literatur zu finden. Fast unmöglich
aber ist es für die Arbeitereltern sowie die sozialistischen Erzieher,
Literatur das wirklich gute und vom sozialistischen Standpunkt wert-
volle Schrifttum auszuwählen. Unter Leitung des Reichsausschusses
für sozialistische Bildungsarbeit haben nun mehr als 200 sozia-
listische Erzieher aus 7000 Büchern das Geeignete ausgewählt und
in systematischer Ordnung ein Verzeichnis geschaffen, das unter dem
Titel „Das gute Kinder- und Jugendbuch“ in zwei weiteren Auf-
lagen erschienen ist. Die erste Auflage war in drei Bänden begriffen.
In wesentlich erweitertem Umfange von 178 Seiten ist für die sozia-
listischen Erzieherkreise (Eltern, Lehrer, Bibliothekare, Jugend-
fürsorger, Buchhändler) ein Leitfaden für das Gebiet der sozia-
listischen Buchberatung geschaffen worden. Winkle für die Eltern,
technische Erläuterungen, Nachschlageregister usw. ergänzen die kri-
tische Zusammenstellung der guten Jugendbücher.

Darüber hinaus ist Literatur für Jugendarbeitsgemeinschaften
wie für den erwachsenen Leser in weitgehendem Maße berück-
sichtigt. Das Buch kostet 50 P.

Der Leitfaden bietet die Möglichkeit, der sozialistischen Er-
ziehungsarbeit die notwendige geistig-literarische Grundlage zu
geben. Er ist in jeder Parteibuchhandlung erhältlich oder direkt
dem Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68,
Rindenschraße 8, zu bestellen, der auch Prospekte mit Musterseiten
bereitswillig kostenlos zur Verfügung stellt.

Die Hinrichtung des
feldwebels Niederländer

Der Kriegsfreiwillige Niederländer, der einzige Sohn eines sehr
patriotisch gesinnten Mühlenbesizers in Saaremsingen, erwies
sich bei allen Gelegenheiten als ein unerschrockener und draufgänger-
licher Frontsoldat.

Er wurde mehrfach schwer verwundet, aber er meldete sich
kaum genesen, immer wieder freiwillig zu seinem Regiment, das
dem Verbände der vom Generalleutnant v. Dittinger befehligten
88. Infanteriedivision angehörte.

Da Niederländer nicht nur viel Mut, sondern auch eine gute
militärische Führung und die Berechtigung zum Einjährigen besaß,
so konnte er sich ziemlich rasch die Hodelspäne und die großen
Knöpfe des Bistfeldwebels an den Knackragen nähren.

Er stand im Sommer 1917 vor seiner Beförderung zum Leutnant,
die für ihn das Ziel seines höchsten Sehens darstellte, als
sein 34. Geburtstag heranrückte.

Da um diese Zeit sein Regiment gerade für einige Tage in der
fauet erklämpften Ruhestellung lag, so feierte er ihn trinkfrohen
Gemüts mit einigen guten Kameraden in der Kantine der Kom-
panie und verschloß dann ruhigen Gewissens den auf den frühen
Morgen angelegten Appell.

Aus diesem Keinen Versäumnis erwuchs sein Unglück, denn sein
ehemaliger Mitschüler und nunmehrige Kompaniechef, ein strammer
Schulmeister, im Zivilberuf und ein noch viel schneidigerer Leutnant
der Reserve, verstand absolut keinen Spaß.

Er schickte dem zum ersten Male bummeligen Feldwebel, der bei
der feuchtschlämigen Begehung seines Wiegensfestes nicht nur über-
reichlich Wein, sondern laut Kantinerrechnung auch noch siebzehn
Lagnads getrunken hatte, den Befehl, sich wegen Richterchensens
am Appell sofort bei ihm zu melden.

Aber die Ordnungsbeamte vermochte den schlaftrunkenen Offiziers-
aspiranten nicht wach zu kriegen. Das brachte erst der Sergeant
Leida, dem der tobenbe Vorgesetzte die strenge Weisung gab, den
„Reel“ tot oder lebendig heraufzuführen.

Als dieser Befehl Erfolg hatte und der aus dem tiefsten
Schlummer aufgerüttelte Niederländer sich im Kompaniegeschäfts-
zimmer zur Stelle meldete, empfing ihn der Leutnant mit wüstem
Betrüß und der Drohung einer exemplarischen Bestrafung.

Der Feldwebel, der seine erhoffte Beförderung ins Wasser fallen
sah, erklärte den Grund seines Verschlafens und bat um Nachsicht.
Aber sein einjähriger Schul Kamerad, dem der Nachbesitz, den ihm die
Kampftakte verliehen, in den Kopf gestiegen war, zeigte sich unerbit-
lich, und es hatte auch keinen Zweck, daß ihn sein Untergebener an
die gemeinsam verlebte glückliche Kennelzeit erinnerte.

Er schauzte nur noch wütender: „Sollten Sie das Rank und
machen Sie, daß Sie zur Lärre hinauskommen, sonst lasse ich Sie
nach die Ordnungen hinausjageln!“

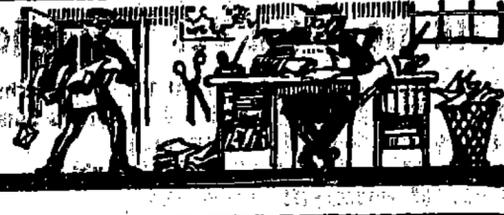
Niederländer machte gehorsam Reßel und ging in sein Quartier
zurück. Aber dort nahm er seine Pistole an sich und begab sich dann
zum einmal zu seinem Vorgesetzten, um ihn erneut in berebten
und flehenstlichen Worten anzumachen, was schwer ihm fielt, da er
doch vor seiner Beförderung zum Offizier stehete, die in Aussicht ge-
stellte Bestrafung trafte.

Es ward bergehend. Der Kompanieführer herrschte ihn nur noch
weiter an und verhielt ihm die sofortige Abführung in das Arrest-
haus.

Da verlor der unglückliche Mensch die Naxe Überlegung, die ihm
die Notwendigkeit des zu viel genossenen Alkohols ohnedies schon
kristall. Er zog im aufstehenden Jähorn den mitgebrachten
Reisbolter und erschloß den jungen Soldatenkämmer. Und dann ging
er sichtlich und irzte nochweilang in der Umgebung Gens umher.



Verbandsleben



Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Bezirk Brandenburg. In der Metallindustrie wurde der Spitzenlohn ab 1. Juli von 78 auf 80 $\text{\$}$ erhöht; er beträgt am 1. März 1930 eine weitere Erhöhung um 1 $\text{\$}$. Für die Gruppe der Ungelernten erhöht sich der Lohn ab 1. März 1930 um 2 $\text{\$}$ auf 62 $\text{\$}$ die Stunde. Dieser Lohn gilt nur als Einstellungslohn. Es wurde neu festgesetzt, daß der Lohn für die ungelerten Arbeiter von der fünften Woche der Beschäftigung an sich um 2 $\text{\$}$ erhöht, so daß die ungelerten Arbeiter, welche schon vier Wochen im Betrieb am 1. Juli 1929 beschäftigt waren, eine sofortige Erhöhung um 3 $\text{\$}$ und ab 1. März 1930 eine weitere um 2 $\text{\$}$ = 5 $\text{\$}$ die Stunde erhalten.

Der Spitzenlohn für die Klempner ist nach vierwöchigem Streik von 1,30 auf 1,45 $\text{\$}$ die Stunde erhöht worden. Diese Regelung gilt bis 30. Juni 1930.

Der Spitzenlohn für die Klempner in Landsberg an der Warthe wurde von 1,15 auf 1,25 $\text{\$}$ die Stunde erhöht. Die Regelung gilt bis 30. Juni 1930.

Bezirk Dresden. U. a. Bei zwei Firmen ist der Spitzenlohn auf 84 $\text{\$}$ erhöht worden und eine Gesamtlohnserhöhung von 4 bis 5 $\text{\$}$ die Stunde erreicht.

Bezirk Hannover. Hannover. Für das Klempner- und Installateurgewerbe wurde ein neuer Mantelvertrag abgeschlossen mit Verbesserungen in sozialer Beziehung, des Ferienabkommens und der Auslösungssätze bei Montagearbeiten. Die Löhne wurden durchschnittlich um 4 bis 5 $\text{\$}$ erhöht und betragen im ersten Jahre nach der Vertragszeit 1,12 $\text{\$}$, im zweiten Jahre nach der Vertragszeit bis zum 21. Jahre 1,22 $\text{\$}$ und für Gesellen über 21 Jahre 1,34 $\text{\$}$. Diese Sätze erhöhen sich ab 1. Oktober nochmals um 1 $\text{\$}$. Für die Hilfsarbeiter werden die Lohnsätze in allen Gruppen um 3 $\text{\$}$ erhöht. Der Mantelvertrag gilt bis 31. März 1931. Lohnänderungen im Baugewerbe während dieser Vertragszeit treten automatisch auch für das Klempnergewerbe in Kraft.

Bezirk Stuttgart. Für die Metallindustrie Württembergs erfolgte eine Ferienregelung für Lehrlinge, nach welcher im ersten Lehrjahre 5 Tage, im zweiten Lehrjahre 4 Tage und im dritten und vierten Lehrjahre 3 Tage Urlaub gewährt wird. Die Entschädigung für die Ferienzeit beträgt in Stuttgart 10 bis 27 $\text{\$}$ die Stunde; in den übrigen Orten Württembergs 8 bis 25 $\text{\$}$, je nach der Lehrzeit. Sommer- und Kesselschmiede sowie Kupfer- und Blechschmiede erhalten 4 $\text{\$}$ mehr.

Ueble Wohltäterei und Gefinnungs-schnüffelei

Aus Oberhausen wird uns von einem Hüttenarbeiter geschrieben:

Die während und nach der Ausperrung in Nordwestzulage getretene Stimmung der Arbeiterklasse läßt es den Schwerindustriebetrieben geraten erscheinen, nach anderen Wegen zur Arbeitererziehung zu suchen. Um die Wirtschaftsfriedlichkeit der durch die Ausperrung recht unrichtig gemachten Hüttenproleten zu wecken, ist ein ungewisser Gustav Gark angeheuert worden. Dieser Behagelnde muß Vorzüge haben über - Freizeite der Sozialversicherung und Entlohnung der Arbeiter. Unsere genialen Wirtschaftsführer sind tatsächlich von allen guten Geistern verlassen, ansonsten sie nicht auch noch diesen Humbug bezahlen würden.

Zu Straßburg wurde die Reorganisation von der Organisation der Deutschen Arbeiter getragen, während in Oberhausen es dem Stahlhelm vorbehalten war, die Geschäfte anzufassen. Als von der Betriebsverwaltung das Ansuchen der Firma, den Vortrag (gegen Erstattung des Eintrittsgeldes) zu besuchen, abgelehnt wurde, schickte man ihr sowie den Vorstandsmitgliedern der Betriebsverwaltung Freizeiten mit dem Stempel des Stahlhelms. Besser konnte das enge Verbundensein des Stahlhelms mit dem „Deutschen Arbeiter“ und der Firma nicht zum Ausdruck kommen. Anlässlich einer Sitzung der Betriebsverwaltung im Ausmaß der Betriebsverwaltung der GHD Oberhausen wurde der Betriebsleitung die richtige Antwort durch folgende Entschädigung erteilt:

Die... Vertreter der Vorstände im Vorstand und Ausschuss stehen im Interesse der Arbeiterklasse einmütig Protest gegen die Bestrebungen einiger Kreise, die Sozialversicherung in ihrer Bestimmung anzuheuern. Sie werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel im Kampfe zur Weichhaltung der Sozialversicherung anwenden. Die Betriebsleiter erwarten, daß die Kommunen, die Staats- und die Reichsregierung den Bestrebungen der Vorstände zur Weichhaltung und zum Ausbau der Sozialversicherung zur Seite stehen. Der Abbau der Sozialversicherungsleistungen bedeutet wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang des Volksganges. Darum Hände weg von den Grundpfeilern der Sozialversicherung!

In letzter Zeit hat man eine Betriebsleitung erteilt, die den Stütz und der Betriebsverwaltung zur Verfügung steht. Auch hier finden wir die Schriften des berühmten Sozialreformers Gustav Gark, also bedrucktes Holz für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Daß die vom Unternehmeramt unterzeichneten und selbstgeschaffenen Einzahlungen sehr kritisch zu betrachten sind, wissen die Arbeiter. Die durch das Diktat entstandenen Invalidenten sind ein Kapitel für sich. Bei Gelegenheit hat man die Betreuer der Arbeit in Verbindung zu kommen, wird der Abrechnung sein, daß es notwendig ist, alle Kreise zusammenzufassen, um sich selbst und andere vor dem Diktat-Invalidenten zu bewahren. In der Arbeiterbewegung der GHD konnte man die Arbeiter unter Aufsicht von Schwarz-weiß-roten Horden jenseits und jenseits auf dem Hof beobachten, während man in einer Gesundheitskammer an die schon schmerzlichen Augen des Patienten stieß, doch einmal die zu Hause gehaltenen Krankenbetten mitzubringen. Uble Wohltäterei - Gefinnungs-schnüffelei - Kontrolle des Arbeiters durch seinen Ausbeuter von der Höhe bis zum Grunde.

Entschuldige dich! Sonst...

Was alles daraus entstehen kann, wenn man sich bei eingehender Krankheit nicht sofort bei seinem Arbeitgeber entschuldigt, zeigt folgender Brief:

Ein Arbeiter hatte durch eigene Bemühungen Arbeit gefunden als Schlosser. Nachdem er vier Wochen gearbeitet hatte, wurde er plötzlich krank. Die Krankheit war so schlimm, daß er versuchte, an eine Entschädigung bei seinem Arbeitgeber zu denken. Aber keine Frau konnte in der Hoffnung, dem Arbeitgeber von der Krankheit etwas Kenntnis zu machen. Als der bezagende Arzt zum zweiten Male erschien, erklärte er, die Weiterbehandlung müsse an einem anderen Orte stattfinden, da ihm die Krankenkasse berichtet habe, er sei nicht bei der Arbeit.

Seitdem man nun schon 6 Tage seit dem Krankwerden des Arbeiters. Das erste war natürlich von, keine Arbeitererziehung, ob er tatsächlich nicht bei der Krankenkasse gemeldet sei. Aber hat eine Entschädigung des Arbeiters wegen der bezagenden Krankheit erhielt der Krankenkasse hat er die Entschädigung mit dem Hinweis: „Wegen unzureichenden Krankheitsnachricht von der Arbeit entlassen.“ In der Arbeiterbewegung steht nämlich: „Wer sich bei etwaigen Krankheitsnachricht von der Arbeit nicht innerhalb dreier Tage entschuldigt, gilt als entlassen.“ Der Arbeitgeber wollte zwar

sofort die Nachmeldung vornehmen, denn es ist ja seine Pflicht, jeden Arbeitnehmer innerhalb dreier Tage bei der Krankenkasse anzumelden, aber er war entlassen.

Nach seiner Genesung blieb ihm also nichts weiter übrig, als wiederum das Arbeitsamt aufzusuchen. Wäre er nun wegen Arbeitsmangel entlassen worden, hätte er ohne weiteres sofort wieder in den Genus der Arbeitslosenunterstützung treten können, so aber verhängte man ihm nach dem Gesetz vier Wochen Karenzzeit, weil er „unentschuldig der Arbeit ferngeblieben“ war, also durch eigene Schuld seine Arbeitsstelle verloren hatte.

Die auf seine Beschwerde angestellten Nachforschungen ergaben, daß seine Schuld nur darin bestand, sich nicht rechtzeitig entschuldigt zu haben. Die Karenzzeit wurde daraufhin auf 14 Tage herabgesetzt. Er ließ die Sache aber nicht darauf beruhen und ging zu seiner Gewerkschaft, da er annahm, daß seine Entlassung nicht in erster Linie erfolgt war, weil er versäumt hatte, sich in der ordnungsgemäßen Frist an entschuldigen, sondern weil seine Firma bei der Krankenkasse unangenehm aufgefallen war wegen der „bergeffenen“ Anmeldung. Schließlich brang er auch damit durch und kam nach diesem Hin und Her ohne Karenzzeit wieder in den Genus seiner Arbeitslosenunterstützung, denn man sah ein, daß der Arbeitgeber keine Ursache hatte, den er wegen ordnungswidrigen Verhaltens zu strafen, wenn er selbst nicht sehr auf Ordnung hält und seine Arbeitnehmer nicht zur Krankenkasse anmeldet.

Aus dem ganzen Vorfall aber kann man einige beachtliche Lehren ziehen: Erkundige dich nach deiner Einstellung, ob du auch tatsächlich zur Krankenkasse angemeldet bist, wenn man dir wöchentlich Beiträge von deinem Lohn abzieht. Daß dir möglichst die Unmeldebescheinigung geben. Wenn du krank wirst oder aus einem anderen Grund nicht zur Arbeit gehen kannst, dann entschuldige dich sofort, mindestens aber in der festgesetzten Frist bei deinem Arbeitgeber.

Zurückerrstattete Lohnsteuer

Seit der Einführung der Lohnsteuererstattungen sind nicht weniger als 250 Millionen Mark bereits gezahlter Lohnsteuer zurückerrstattet worden. Die Sozialdemokratie forderte von jeher, daß eine Erstattung zu viel bezahlter Lohnsteuer wegen Verdienstausfalls vorgenommen wird, um eine unsoziale Wirkung der Lohnsteuer zu beseitigen. Nach harten Kämpfen gelang es ihr, im Jahre 1925 diese Forderung durchzusetzen. Der Erfolg ist, daß in kurzer Zeit den Steuerpflichtigen nicht weniger als eine Viertelmilliarde zurückgegeben werden konnte.

Für die einzelnen Jahre verteilt sich dieser Betrag mit 45,6 Millionen Mark auf das Jahr 1926, mit 61 Millionen Mark auf das Jahr 1927 und mit 64,4 Millionen Mark auf das Jahr 1928. Im laufenden Jahre sind bereits bis Ende Mai 64,4 Millionen zurückgezahlt worden. Rechnet man dazu noch einen Restbetrag, der in den nächsten Monaten zur Auszahlung kommt, so kann der gesamte im Jahre 1929 erstattete Lohnsteuerbetrag mit 70 Millionen Mark angenommen werden. Somit ergeben sich Rückzahlungen, die weit höher sind, als man sie bei der Einführung der Lohnsteuererstattungen schätzte.

Dieser Erfolg der sozialdemokratischen Arbeit kommt einer sehr großen Zahl Lohnsteuerpflichtiger zugute, und zwar allen, die aus irgendeinem Grunde innerhalb eines Jahres einen Verdienstaussfall erleiden. Für das Jahr 1928 sind von den Finanzämtern 3,5 Millionen Lohnsteuererstattungsfälle bearbeitet worden. Bei einer Gesamtzahl von 16 Millionen Lohnsteuerpflichtiger hat also jeder fünfte einen Erstattungsanspruch gestellt und durchschnittlich von seiner im Vorjahre einbehaltenen Lohnsteuer 20 $\text{\$}$ zurückbekommen. Auch in den früheren Jahren dürfte die Zahl der Erstattungsfälle, wie aus der Höhe der Erstattungen hervorgeht, nicht sehr viel geringer gewesen sein. Insgesamt sind also in den Jahren 1925 bis 1928 etwa 10 bis 12 Millionen Fälle erledigt worden.

Diese Erfolge der sozialdemokratischen Arbeit im Parlament wären aber nie so durchschlagend gewesen, wenn sich nicht Parteien und Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte in den Dienst der Sache gestellt hätten. Durch ihre Mitarbeit ist die große Masse der Lohnsteuerzahler auf die Erstattungsmöglichkeiten hingewiesen worden und erst dadurch wurde erreicht, daß der Rechtsanspruch auf Erstattung wirklich ausgenutzt wird. Aber auch künftig wird es sich darum handeln, die Arbeiterklasse immer wieder auf die Erstattungs-möglichkeiten hinzuweisen. Erst wenn auch der letzte Erwerbslose einen Erstattungsanspruch geltend macht, wird der parlamentarische Erfolg der Sozialdemokratie ein tatsächlicher sein. Die erste Viertel-milliarde zurückgezahlter Lohnsteuer, die bis jetzt den Erfolg der sozialdemokratischen Steuerpolitik darstellt, wird dann bald überschritten sein.

Auftrieb

Ein eigenartlicher, fast beängstigender Druck lastet auf der Belegschaft. Entlassungen werden vorgenommen - Betriebs-Rücklegung.

Frage im diesen und jenen Kollegen: „Bist du auch dran-kommen?“ so scheinen sie gleichgültig und antworten: „Was mach ich mir da draus!“ Salgenstimmung. Und doch sprechen ihre Augen etwas anderes.

Gestern kam, wie üblich, der Betriebsleiter in unsere Abteilung. Dazwischen den festen Lippen eine Zigarette. Rufferte. Rauferte auffällig lange, sah mich ins Auge. Ich antwortete eine Distanz hielt er mich auf.

Den Schlachthof sah ich; sah mich, das kritisch gemustert auf Schlachthof - in den Tod getrieben wurde.

Ist etwas anderes? Morgen bin ich an der Reihe; vielleicht - Salgenstift - vielleicht läßt man mich auf der „Reihe“.

Halb lachend kam zum Auftrieb!

Genie hi, morgen ich übermannen der andere.

Redend Proletariat, unternehmen wir uns vom Tier?

W. J. Zuchoffe.

Georg Ulrich-Frankfurt Jubilär

Am 1. Juli konnte Kollege Ulrich sein fünfzigjähriges Jubiläum als erster Kassierer der Verwaltungskasse Frankfurt feiern. Ulrich ist im Jahre 1889 im niederbayerischen Emdingen in der Pfalz geboren und wählte nach seiner Schulzeit den schweren Beruf eines Drahtzwebers. In seinen Wanderjahren lernte er die Schweiz und Österreich kennen, um sich dann 1888 in Frankfurt niederzulassen. Demals trat er auch bereits der sozialdemokratischen Partei und hernach dem Reich der Metallarbeiter bei. 1904 wurde er zum ersten Kassierer der frankfurter Ortsgruppe seiner Berufsorganisation gewählt. Ulrich war sein ganzes Leben hindurch einer der eifrigsten Kampfkämpfer der modernen Arbeiterbewegung. Schon in der Zeit des Sozialistengesetzes arbeitete er im Geheimverband und versorgte zahlreiche Arbeiter mit dem damals verbotenen „Sozialdemokrat“. Im Laufe der Zeit wurde er in eine Reihe von Ämtern hinein, die er durch sein reiches Wissen und durch das Vertrauen seiner Verbandskollegen und Parteigenossen ausserordentlich erhielt. Lange Zeit hindurch war er Gewerkschaftsleiter, besonders war er für die Metallarbeiterbewegung, für die Gewerkschaften und im Arbeiter-Leserwesen tätig. Seit 1917 gehört er dem frankfurter Stadt-Verbandsrat an und hat sich als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion aus. Dem Kollegen Ulrich die besten Wünsche zu seinem Jubiläum und gute Gesundheit für ferneres Wirken.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: G.-21 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 28. Juli ist der 31. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Juli bis 3. August 1929 fällig.

Vierter allgemeiner Betriebsrätekurs an der Wirtschaftsschule in Dürrenberg

In der Zeit vom 8. September bis 6. Oktober 1929 findet ein allgemeiner Betriebsräte- und Funktionärskurs an der Wirtschaftsschule des DWA in Dürrenberg statt. Lehrfächer sind:

Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie, Wirtschaftsgeschichte, Arbeitsrecht, Handelsrecht und bürgerliches Recht, Gewerkschafts- und Verbandsgeschichte, Sozialpolitik, wissenschaftliche Betriebsführung, Kalkulation, Nationalisierung.

Zugelassen zur Bewerbung sind Mitglieder mit einer mindestens dreijährigen Mitgliedschaft und einer ehren- oder hauptamtlichen Tätigkeit im Verband als Betriebsratsmitglied, Branchenleiter, Vertrauensmann oder Geschäftsführer von einjähriger Dauer.

Voraussetzung für die Berücksichtigung der Bewerbung ist ferner geistige Reife und Aufnahmefähigkeit und nicht zu hohes Alter (in der Regel nicht unter 20 und nicht über 40 Jahre).

Die Bewerber haben einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem der Beruf, das Alter und der Familienstand, Bildungsgang und die Tätigkeit im Verband zu ersehen ist.

Die Hörer erhalten Fahrpreis & Klasse von ihrem Wohnort nach Dürrenberg und zurück. Für den Resttag wird bei ganzen Tagen eine Entschädigung von 6 $\text{\$}$ und bei halben Tagen eine solche von 3 $\text{\$}$ gewährt; sowie freie Verpflegung und Wohnung während der Kursdauer. Für den entgangenen Arbeitsverdienst erhalten Verheiratete eine Entschädigung von 85 $\text{\$}$, Ledige eine solche von 40 $\text{\$}$; für Alltagsarbeiter wird bei der Berechnung der Durchschnittsverdienst der letzten 13 Wochen zugrunde gelegt. Bezüglich der Teilnehmer aus dem Angestelltenverhältnis wird vorausgesetzt, daß diesem der erforderliche Urlaub von der örtlichen Verwaltung gewährt und die an die Familie zu leistende Entschädigung mit ihm vereinbart und aus der Lokalkasse geleistet wird. Für finanzielle Schwache Verwaltungen wird auf Antrag ein Zuschuß aus der Hauptkasse gewährt. Während des Aufenthalts der Hörer in der Wirtschaftsschule in Dürrenberg unterstützen diese der dort geltenden Hausordnung, die die Hörer nach erfolgter Auswahl bei der Ortsverwaltung einsehen können, im übrigen auch auf Anforderung den Verberbern angelehnt wird.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Die Bewerbungen sind an die örtlichen Verwaltungen bis spätestens den 3. August 1929 einzureichen. Diese stellen zu den bis auf diesem Tag bei ihnen eingegangenen Bewerbungen eine Bescheinigung über die Tätigkeit der einzelnen Bewerber aus und fügen ein Gutachten über die Eignung derselben für die weitere Ausbildung bei. Die Ortsverwaltungen haben die bei ihnen eingegangenen Bewerbungen bis spätestens den 10. August an den Vorstand einzusenden.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund und Amsterdam

Der amerikanische Gewerkschaftsbund hat sich vom internationalen Gewerkschaftsbund zurückgezogen mit der Begründung, daß ihm Ziel und Mittel der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu radikal erscheine. Seit der Trennung waren stets Bestrebungen im Gange, ihn der Amsterdamer Internationale wieder näherzubringen, zumal mehrere amerikanische Gewerkschaften sich inzwischen den internationalen Berufssekretariaten angeschlossen haben. Das Vordringen des amerikanischen Kapitals in Europa macht die gemeinsame Front der amerikanischen und europäischen Gewerkschaften noch mehr erwünscht als bisher. Zweifellos könnte der Zusammenschluß einen Machtzuwachs des Proletariats beider Erdteile bedeuten. Einem jüngsten Bericht zufolge hat nun ein Führer des amerikanischen Gewerkschaftsbundes zu diesem Zweck einen Vorschlag gemacht. Seltsamerweise ist in dieser Mitteilung die Rede nicht von einem Anschluß an die Amsterdamer Internationale, sondern von einem Vorschlag zur Gründung eines neuen Weltverbandes der Gewerkschaften, um „die amerikanische Arbeiterbewegung gegen die europäischen Einflüsse zu schützen“. So sehr man auch die Verbindung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung mit der europäischen wünschen mag, muß die erwähnte Mitteilung doch stark befremden.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund ist heute zweifellos eine verhältnismäßig schwache Organisation. Sollte er sich, wie wir wünschen, zu einer mächtigen Organisation, die auch für die europäische Gewerkschaftsbewegung eine wertvolle Stütze bedeuten könnte, entwickeln, so wäre gerade das nötig, was er vermeiden will: nämlich unter den Einfluß der europäischen Gewerkschaftsbewegung zu gelangen. Rührt doch die Schwäche des amerikanischen Gewerkschaftsbundes gerade daher, daß er sich bisher stets weigerte, Geist und Art der freien Gewerkschaftsbewegung anzuerkennen und anzuwenden. Er hat sich bisher auf die Vertretung der „Arbeiteraristokratie“ beschränkt, aus Gründen, die wohl verständlich sind und sich aus der geschichtlichen Entwicklung erklären lassen, die aber den heutigen Verhältnissen nicht länger entsprechen.

In der amerikanischen Zeitschrift The Nation, die die Tätigkeit des amerikanischen Gewerkschaftsbundes kritisch verfolgt, erschien kürzlich die nachfolgende Kritik über den amerikanischen Gewerkschaftsbund, die wir mit einigen Kürzungen wiedergeben. Diese aus Kreisen der radikalen Opposition stammende Darstellung berücksichtigt die große wirtschaftliche Umwälzung durch die Einführung der arbeitssparenden Maschinen, die auch der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung neue Wege weisen dürfte. Folgendes wird in der Nation ausgeführt:

„Noch nie war die amerikanische Arbeiterbewegung in einer so entmutigenden Lage wie heute. Die Gewerkschaften haben seit 1920 ständig Mitglieder eingebüßt, große neue Industrien entstehen ohne Tarifverträge und die großen Streiks der letzten Jahre führten zu katastrophalen Niederlagen. Nichts kann durch eine Verhehlung der Tatsachen gewonnen werden. Die Arbeiterbewegung ist in den letzten Jahren nicht nur was die Zahl der Mitglieder anbelangt, sondern auch geistig-ideal schwach geworden.“

Kein einzelner Gewerkschaftsführer ist an der gegenwärtigen Lage schuld. Es gibt zwar innerhalb der Bewegung korrupte und unfähige Leute in Hülle und Fülle, aber die Riesenkräfte der modernen Industrie erfassen Minderwertige und Hervorragende ohne viel Rücksicht auf ihre persönlichen Eigenschaften. Es mag sein, daß ein Arbeiterführer unfähig ist, die Arbeiter der Ford'schen Fabriken, der General Electric Company (Elektrizitätstrust) oder der United States Steel (Stahltrust) zu organisieren, aber seine Unfähigkeit kommt dabei kaum in Betracht, da es feststeht, daß selbst der Erzengel Gabriel nicht imstande wäre, diese Arbeiter im Kampfe gegen die erdrückende Übermacht des neuen Kapitalismus zu organisieren.

Viel ist über die ertötende Wirkung der Maschine auf den Arbeiter gesagt worden, aber die durch die maschinelle Kraft bedingte Rationalisierung der Industrie beeinflusst die Arbeiterbewegung noch viel tiefergehend als die einzelnen Arbeiter. Eine große moderne Firma besitzt Dutzende von Methoden, einen Streik niederzukämpfen, die einem Unternehmern vor vierzig Jahren noch nicht zur Verfügung standen. Sie verfügt über gewaltige Geldmittel und kann auf unbestimmte Frist auf ihren Profit warten; sie kann einen Streik in Massachusetts dadurch zum Scheitern bringen, daß sie gewisse Bestellungen in Georgia im Auftrag gibt; sie kann Spione von einer Detektivagentur geliefert bekommen, die innerhalb einer neuen Gewerkschaft arbeiten und sie durch wilde Streiks zerstören sollen; sie kann die öffentliche Meinung durch Besitz von Zeitungen und durch Einnahme auf Banken und private Geschäftsleute beherrschen.

Neben dieser erhöhten Macht bei frontalen Angriffen verleiht der wunderbare Erfolg geschäftlicher Unternehmungen den Industriellen in Amerika in die Lage, die besten gelerntten Arbeiter einzeln zu kaufen und nur die zweitklassigen und schwachen für die Arbeiterbewegung übrigzulassen. Die Belohnung für Dienste, die man für die Arbeiterbewegung leistet, ist gering und unsicher, so daß nur wenige nach ihnen streben.

Angesichts des Vordringens der Maschine hat der amerikanische Gewerkschaftsbund vorzügliche Beschlüsse gefaßt, in denen die Organisierung der noch Unorganisierten und die Aufbesserung des Lebensstandes gefordert wird, doch hat er in den letzten Jahren keine nennenswerten praktische Organisationsarbeit geleistet. Die lokalen Gewerkschaften entwickeln sich schrittweise zu Gesellschaften der gelernten Arbeiter, die damit ihre bevorzugte Stellung verteidigen und sich nicht um die Millionen unorganisierter Arbeiter kümmern. Die wenigen

günstigen Ausnahmen werden nur von isolierten Individuen auf die Untätigkeit und Lässigkeit der übrigen.

Wie schwach aber die Arbeiterbewegung im Vergleich zu den Kräften des heutigen Kapitalismus sein mag, sie darf das System der kollektiven Lohnverhandlungen nicht fahren lassen, wenn sie die Lebenshaltung und den verkürzten Arbeitstag nicht gefährden will. Demgemäß stehen ihr drei Möglichkeiten offen: Erstens kann sie die gegenwärtige passive Politik des Gewerkschaftsbundes fortsetzen, die Freundlichkeit „guten“ Unternehmern gegenüber betonen und die gelernten Arbeiter schützen, die bereits organisiert sind. Zweitens kann sie sich der Führung entweder der kommunistischen Opposition oder der „gemischten“ Gewerkschaften anvertrauen, wie es sie in der Kohlen-, Textil-, Bekleidungs- und Pelzindustrie gibt. Drittens kann sie eine fortschrittliche Reorganisation des Bundes vornehmen.

Die erstgenannte Politik würde bedeuten, daß die Massen der Arbeiter in der Automobil-, Textil-, Tabak- und Lebensmittelindustrie auch weiter unorganisiert bleiben würden. Die Kommunisten zeigten keine Fähigkeit zur Führung und zum Aufbau und außerdem ist es unvorstellbar, daß der konservative amerikanische Arbeiter ihnen folgen sollte. Die dritte Möglichkeit — die Reorganisation — ist offenbar der beste Ausweg. Und in der Tat gewinnt in der Stille eine Bewegung unter den fähigsten fortschrittlichen Arbeiterführern des Landes, ein Großreinemachen vorzunehmen, immer klarere Umrisse. Eine Ankündigung im Labor Age bringt sechzehn Punkte eines fortschrittlichen Gewerkschaftsprogramms, wovon die wichtigsten sind: eine ständige Tätigkeit, die Unorganisierten zu organisieren, Propaganda für die Sozialversicherung, die Errichtung einer Arbeiterpartei und die Betonung einer neuen Gesellschaftsordnung als das Endziel der Arbeiterbewegung.

Wir begrüßen die Bewegung, die American Federation of Labor umzugestalten, sie muß versucht werden, wenn wir nicht wollen, daß die jetzige Politik des Gehenslassens und des Nachgebens zur endgültigen Auflösung führt. Und der Erfolg der Vereinigten Bekleidungsarbeiter zeigt, daß es für eine Gewerkschaft möglich ist, sich mit dem Vordringen der Maschinerie abzufinden und doch ihr sozialistisches Zukunftsbild beizubehalten.“

Verbandstag des Dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiter-Verbandes

Vom 2. bis 7. Juli 1929 hielt der Dänische Schmiede- und Maschinenarbeiter-Verband seinen 22. Kongreß in Kopenhagen ab. Beteiligt waren 209 Vertreter, ferner 27 Mitglieder des Hauptvorstandes und 3 Revisoren, außerdem 14 ausländische und 11 inländische Gäste. Nach den Begrüßungen und der Konstituierung des Kongresses erstattete der Vorsitzende Johann Kjaerbol Bericht über die Tätigkeit in den letzten drei Jahren. Die im Jahre 1926 erhobene Forderung auf Aufhebung der Bestimmung im Tarifabkommen, daß die Löhne in Übereinstimmung mit der Preisindexzahl gebracht werden, ist bei den Verhandlungen über ein neues Abkommen im November 1926 erfüllt worden, allerdings so, daß die Schmiede dabei einige kleine Kürzungen (3 bis 4 vH) ihres Lohnes annahmen. Die getroffene Regelung war jedoch zum Vorteil der Verbandsmitglieder, da die Preisindexzahl seit Abschluß des letzten Abkommens um 10 Punkte, von 184 auf 174 oder um 5,4 vH gefallen ist. Nach dem Wegfall dieser Bestimmung waren es die neuen Bestimmungen über die Vertrauensmänner, welche das Abkommen vom Jahre 1926 kennzeichnen. Es waren sogenannte werkstattechnische Verhandlungssitzungen eingeführt, so daß die Arbeitgeber nach Aufforderung durch die Vertrauensmänner verpflichtet sind, einmal in jedem Monat über werkstattechnische und ähnliche Fragen zu verhandeln. Ferner war in dem Abkommen die Bestimmung enthalten, daß die Vertrauensmänner eine Kündigungsfrist von 2 Monaten haben. Bei der Verlängerung des Abkommens im Jahre 1928 wurde die Einführung eines gemeinschaftlichen Vertrauensmannes in den größeren Betriebswerkstätten anerkannt.

In der Ferienfrage ist es gelungen, im Jahre 1926 die Zahl der Tage von 3 auf 4 zu erhöhen. Bezüglich der Löhne teilte Kjaerbol mit, daß sie wie folgt geregelt waren:

Oere pro Stunde	Angesetzter Stundenlohn	Verdienst im Akkord	Verdienst im Stundenlohn	Verdienst i. Akkord u. l. Stundenlohn zusammen
ab 1. Februar 1927	104,6	167,6	137,9	155,1
ab 1. Quartal 1929	102,7	164,9	138,2	154,4

Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 26 061. Als Ergebnis der Beratungen über den Rechenschaftsbericht wurden einstimmig folgende Entschlüsse angenommen:

- Der Verbandstag beauftragt die Hauptleitung, dahin zu wirken, daß alle Mitglieder Sommerferien mit Lohn erhalten.
- Wenn die Verabschiedung oder Heimsendung eines Vertrauensmannes nach dem Ermessen des Geschäftsausschusses eine direkte Verfolgung seitens des Arbeitgebers ist, wird dem betreffenden Vertrauensmann aus dem Reservefond des Verbandes eine nach Ermessen des Geschäftsausschusses passende Unterstützung bezahlt.
- Die internationale Forderung nach dem achtstündigen Arbeitstag ist veraltet. Die Erwerbslosigkeit ist groß und steigend. Die Hauptleitung wird deshalb beauftragt, dahin zu wirken, daß durch ihre internationalen Verbindungen die Forderung auf Einführung des siebenstündigen Arbeitstages überall gestellt wird. — Der Verbandstag stellt dem Hauptvorstand anheim, bei Verhandlungen eine weitere Einschränkung der Arbeitszeit, zum Beispiel durch die Einführung des freien Sonnabendnachmittags zu erreichen.
- Bezüglich der Lehrlinge beschloß der Verbandstag, auf der bereits geschaffenen Grundlage für die Gewinnung der Lehrlinge zu arbeiten und im Zusammenwirken mit dem Landesverband der Lehrlinge an der Errichtung von Lehrlingsclubs mitzuarbeiten.
- Eine von Vorsitzenden vorgeschlagene Entschließung wurde angenommen, welche es der Leitung des Verbandes zur Pflicht macht, für die Bildung von Industrieverbänden tätig zu sein.

Der Bericht des Vorsitzenden wurde einstimmig angenommen. Aus dem Rechnungsbericht des Verbandes nennen wir ein Vermögen von 2 208 000 Kronen, wozu noch das Vermögen der Arbeitskassen mit 3 163 000 Kronen kommt, so daß das Gesamtvermögen des Verbandes 6 471 000 Kronen beträgt. Der Vorsitzende, der Kassierer und zwei Sekretäre wurden per Akklamation wiedergewählt. Auch die Wähler der Beisitzer zum Hauptvorstand und zum Geschäftsausschuß brachten im wesentlichen

die bisherige Zusammensetzung. Der nächste Verbandstag findet 1930 in Stockholm statt.

Die Arbeiter in Schiedel- und Maschinenarbeiter haben sich auf dieser Tagung wiederum einstimmig für den Abschluß von Kollektivverträgen ausgesprochen, wie dies von J. A. Hansen seit März 1926 stets als die richtige Politik des Verbandes erkannt wurde. Die angegebenen Beschlüsse sind ein Beweis dafür, daß der Schmiedeverband die großen industriellen und organisatorischen Fragen im internationalen Zusammenarbeiten mit allen anderen Bruderverbänden im Sinne der Arbeiterklasse behandeln wird.

Brändes.

Wieviel verdienen die wienener Arbeiter?

Die Zeitschrift Arbeit und Wirtschaft bringt in ihrem Juniheft die Ergebnisse der lohnstatistischen Erhebung der wienener Arbeitskammer. Die Erhebung versucht zunächst den Durchschnittswochenlohn des wienener Arbeiters zu ermitteln. Danach verdient ein Arbeiter wöchentlich im Durchschnitt 51,57 Schilling; im einzelnen der männliche Arbeiter 58,80 Schilling, die Arbeiterin 30,55 Schilling. Den niedrigsten Lohn hatten die im Zeitlohn beschäftigten Hilfsarbeiterinnen mit 28,11 Schilling. Ganz allgemein ist also zu sagen, daß die Männer fast zweimal so viel verdienen als die Frauen. Bei den geschulten Arbeitskräften ist diese Spannung sogar noch höher, da hier der Lohn bei den Männern mehr als doppelt so hoch ist als bei den Frauen (63,49 Schilling bei den Männern, 30,37 Schilling bei den Frauen).

Neben den allgemeinen Durchschnittsverdiensten berechnet die Erhebung auch die Durchschnittsverdienste einzelner wichtiger Berufsgruppen. In der Bauindustrie arbeiten die Mehrzahl der Arbeiter für Löhne, die über dem Durchschnitt liegen, in der Metallindustrie, der bedeutsamen Industrie Wiens, haben von 100 Arbeitern 65 einen Lohn, der über 60 Schilling liegt, während der Lohn der übrigen dahinter zurückbleibt. Die Löhne der Holzindustrie entsprechen etwa dem Gesamtdurchschnitt. In der chemischen Industrie sind die Lohnverhältnisse sehr unterschiedlich. Bei der Mehrzahl der Lohnempfänger liegen die Löhne unter dem Durchschnitt, doch bezogen etwa 30 vH der erfahrenen Arbeiter einen Lohn von über 80 Schilling die Woche. In der Textil- und Bekleidungsindustrie liegen die Löhne der Männer und Frauen zum größten Teil unter dem Gesamtdurchschnitt, ebenso in der Leder- und Papierindustrie. Gerade dieser Teil der Statistik, der für die gewerkschaftliche Praxis von hohem Wert ist, findet in der Darstellung der wienener Lohnverhältnisse einen breiten Raum, so daß die Arbeiterschaft diese Erhebung der wienener Arbeitskammer nur dankbar begrüßen kann.

Der belgische Metallarbeiter-Verband in 1928

Die Juninummer des Metallergiste, das Blatt unseres belgischen Bruderverbandes, enthält eine Darstellung des Ganges der Verbandsdinge vom Jahre 1928. Wie anderwärts, so geht auch in der Metallindustrie Belgiens die Zusammenlegung von Werken und Kapital rüstig vorwärts. Verkaufsbüros und internationale Kartelle in allen Metallbranchen wurden geschaffen. Angesichts des Machtzuwachses des Unternehmertums hatten die Metallarbeiter die Aufgabe, ihre Rüstung zu stärken. Inwieweit das gelang, bemüht sich der Bericht des Vorstandes unseres Bruderverbandes zu zeigen.

In der Zeit gleich nach dem Kriege war auch im belgischen Verband die Mitgliederzahl mächtig angeschwollen, worauf dann bald eine Abschwellung folgte. Im Jahre 1927 wurden 95 990 Mitglieder gebucht, im Jahre 1928 96 478 bei einer jährlichen Beitragszahl von 52. Die Arbeitslosigkeit geht ständig zurück. In 1928 wurden nur noch 230 Tage Unterstützung an arbeitslose Mitglieder gezahlt; im vorhergehenden Jahre dagegen fast 700 000. Zahlreiche und lange Streiks mußten geführt werden. Aus der Hauptkasse wurden (1928) 324 664 Streiktage mit 3,8 Millionen Franken entschädigt.

Stärke der Gewerkschaften in Japan.

Das jetzt aus Tokio eingetroffene Juniheft der Schakai Seisaku Jijo (Sozialreform) enthält neben manchem anderen auch Auszüge aus dem Bericht des Innenministeriums über die Gewerkschaftsbewegung Japans. Daraus entnehmen wir, daß es am Jahresende von 1928 in Japan 501 Gewerkschaftsgruppen mit insgesamt 308 900 Mitgliedern gab, darunter 12 010 Frauen. Dies ergibt gegen das vorhergehende Jahr eine Abnahme der Gewerkschaftsgruppen um 4 und ihrer Mitglieder um 893. 168 Gewerkschaftsgruppen mit 144 058 Mitgliedern sind in 41 Zentralverbänden vereinigt, während der Rest mit 164 842 Mitgliedern unverbunden, alleinstehend ist. Die Gewerkschaftsmitglieder verteilen sich auf die Industrien wie folgt:

Gruppen	Mitglieder	davon Frauen
Transport	59	124 495
Maschinenbau	64	79 603
Textil	18	12 032
Chemie	57	10 887
Gas und Elektrizität	14	8 157
Bergbau	15	7 736
Nahrung und Getränke	13	3 997
Baugewerbe	22	2 833
Verkehr	1	2 232
Verschiedene	238	28 998
		26 038

Wie die Aufstellung zeigt, sind von den Arbeiterinnen, die die große Mehrzahl der japanischen Industriearbeiterschaft bilden, nur etwa 12 000 organisiert, und von den Bauarbeitern, deren Zahl 300 000 übersteigt, haben sich weniger als 3000 vereinigt.

Die politische Arbeiterbewegung Japans ist ebenso arg zersplittert wie die gewerkschaftliche. Bei der letzten Wahl im Mai 1928, wo zum ersten Male das allgemeine Männerstimmrecht galt, kamen nicht weniger als 9 Arbeiterparteien zum Vorschein. Die Arbeiterparteien befinden sich ständig in Aufspaltung, Neubildung, Zusammenschluß und abermaliger Spaltung. In den zwei zurzeit stärksten Parteien, in der Sozialdemokratie und in der japanischen Massenpartei sollen sich nach einer Schätzung 37 000 und 35 000 Gewerkschaftsmitglieder befinden und etwa 50 000 in anderen Arbeiterparteien.

fk.

Aus Sowjetrußland

Zeitraubender Einkauf im Konsumverein

In Moskau ist man, wie der Trud in seiner Nr. 107 berichtet, bei einer Preiskontrolle in den Konsumgenossenschaften auf folgende eigenartige Zustände gestoßen:

Jeder einzelne Einkauf in den Konsumvereinsläden nimmt im Durchschnitt 32,5 Minuten in Anspruch. In zwei Fällen hat es sich sogar herausgestellt, daß der Käufer eine Stunde und 30 Minuten für einen gewöhnlichen Einkauf verwenden mußte. In zahlreichen anderen Fällen waren es eine Stunde und 10 Minuten, eine Stunde usw. Vor vielen Konsumläden standen etwa 70 Personen an. Jede Hausfrau muß, die für ein Frühstück, Mittagessen oder Abendessen erforderlichen Einkäufe zu machen, die bis vier Stunden täglich aufwenden. Ungeachtet dieser so unermesslichen Lage ist in den Konsumvereinsläden fast nichts unternommen worden, um den Verkauf rationeller zu gestalten. Alle Anweisungen bezüglich einer vorhergehenden Einteilung der Ware werden in eigenwilliger Weise unbeachtet gelassen. An die Klagen und Beschwerden der Konsumvereinsmitglieder haben sich die Angestellten der Konsumvereine bisher nicht gewandt, da sie ihnen gar keine Beachtung schenken.

Daß diese Zustände nicht schon zu größeren Unruhen geführt haben, ist vor allem durch die Lähmung der russischen Bevölkerung und ferner durch den Umstand zu erklären, daß der Zeitaufwand in Rußland längst nicht die Rolle spielt, wie in West-

